Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 40. | Berlin, 29. September 1933. | 14. Jahrg.

Eing. 30. SEP 1933

Inhalt: S. 417: Polen: Anfang und Ende. / S. 418: Der Kampf um den Bindestrich. / S. 419: Der Weg zur Volksgemeinschaft. — Die polnische Nationalanleihe. / S. 420: Die Zukunft des Danziger Hafens. — Danziger Politik. / S. 421: „Von Politik verstehe ich nichts." Die deutsche Wiedergeburt. / S. 422: Vor einem Sieg der estnischen Freiheitskämpfer? — Lettland: Mit oder gegen Deutschland? / S. 423: Ostland-Woche. / S. 425: Die Wenden — ein Teil des deutschen Volkes. / S. 426: Antisemitismus in Polen. — Von den Polen in Deutschland. / S. 427: Buchbesprechungen. — Mitteilungen des BDO.

Polen: Anfang und Ende.

Die enge Verflechtung der Geschichte des polnischen mit dem Werdegang und den Leistungen des deutschen Volkes macht es verständlich, daß gerade zwischen diesen beiden Völkern so viele Meinungsverschiedenheiten über den Gang der geschichtlichen Entwicklung, über die Bedeutung einzelner historischer Ereignisse, über die Urheberschaft bestimmter Leistungen usw. bestehen. Der rührigen Fälschertätigkeit, die von der zünftigen polnischen Geschichtswissenschaft in dieser Hinsicht entfaltet wird, kann von deutscher Seite nicht gründlich genug entgegengearbeitet werden. Eine wertvolle Bereicherung des einschlägigen deutschen Schrifttums ist ein kürzlich erschienenes Buch „Deutschland und Polen" (s. Buchbeschreibung Seite 327), in dem eine Reihe anerkannter deutscher Historiker vornehmlich die geschichtlichen Gestalten und Ereignisse in Ursprung, Bedeutung und Wirkung dargestellt haben, an denen die polnischen Historiker ihre Kunst der Legendenbildung mit Vorliebe erproben. Besonders über zwei Zeitabschnitte der polnischen Geschichte werden von der gegnerischen Wissenschaft die unhaltbarsten Vorstellungen als „historische Tatsachen" verbreitet: über die Entstehung und den Untergang des altpolnischen Reiches.

Die Polen lieben es, ihren Staat, der im 10. Jahrhundert an der mittleren Warthe entstand, gleichsam als ein von Anbeginn an politisch durchgeformtes und kulturell kraftvolles Gebilde rein slawischer Prägung erscheinen zu lassen. Was zunächst den „slawischen Ursprung" des altpolnischen Staates anlangt, so muß man sich einmal vergegenwärtigen, wie es vor der Jahrtausendwende in Europa aussah: In der Zeit, in der das Land der Polanen in das Licht der Geschichte eintrat, war die Gesamtsituation Europas von zwei Mächten bestimmt, dem Reich der sächsischen Kaiser und den Wikingerstaaten. Es waren germanische Menschen, die im „alten" Europa das Erbe des Römischen Reiches antraten und es fortzubilden verstanden, die die Küsten der Nord- und Ostsee beherrschten und in die Weiten des russischen Raumes als die ersten staatsbildenden und kulturtragenden Kräfte eindrangen. Im Westen, Norden und Osten war das Gebiet, in dem Mieszko damals, in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts, die Grundlagen zu einem polnischen Staate legte, von Reichen umgeben, deren Volkstum oder doch wenigstens: deren Herrenschicht germanischer Abstammung war. Ist da nicht vielleicht auch der Gründer des polnischen Staates ein Germane gewesen? Ist nicht vielleicht also auch Polen ein Staat germanischer Gründung, wie es später zu einem Staate wurde, dessen Kulturleben in erster Linie deutsch bedingt war? „Mit großer Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen", schreibt Prof. Holtzmann hierzu, „daß dieser Reichsgründer ein Normanne war: Dago, der über die Ostsee herüberkam ... und die Völker sich beugte, und nun, neben dem alten, einen zweiten, slawischen Namen annahm, Misaca oder Miseco (neupolnisch: Mieszko), wie ähnlich auch für mehrere seiner Nachfolger ein deutscher und ein slawischer Name nachweisbar sind. Ein Jahrhundert, nachdem der Normanne Rurik das russische Reich gegründet hatte, schuf so ein zweiter Normanne Dago-Miseco um 960 einen anderen slawischen Staat ..." (Deutschland und Polen, Seite 148.) Auch Prof. Brackmann hält die normannische Abstammung Mieszkos für möglich; denn es sei richtig, so sagt er u. a., „daß der erste uns bekannte Herrscher dieses Landes eine Aktivität besaß, die eine gewisse Verwandtschaft mit der staatengründenden Art der Wikinger hatte ..." (Seite 30.)

Muß man sich hier gegenüber der polnischen Darstellung mit der Feststellung begnügen, daß sich die slawische Abstammung der ersten Piasten nicht nachweisen läßt, hingegen die größere Wahrscheinlichkeit für deren germanische Abstammung spricht, so ist das, was die polnische Legende von Bedeutung und Wesen des frühpolnischen Staates zu berichten pflegt, nachweislich falsch. Dieser Staat hat wohl unter seinem zweiten geschichtlich nachweisbaren Herrscher, Boleslaw dem Kühnen, eine rasche räumliche Entwicklung erfahren: nach Westen bis über die Oder hinaus, nach Süden bis an die Donau heran und nach Osten bis an den Sbrutsch. Aber so rasch, wie seine Macht sich vom polanischen Kerngebiet aus nach allen Richtungen hin ausgedehnt hatte, so rasch gingen ihm auch die „gesammelten" Länder nach Boleslaws Tode wieder verloren: die Slowakei, Mähren und Schlesien, Rotrußland und Pommern, die Lausitz und die Meißener Mark; und der Rest zerbrach in einander befehdende Teilfürstentümer unter kraftlosen Herrschern. „Der tiefste Grund für dieses Versagen lag in der inneren Schwäche des Staates. Eine tiefe Kluft trennt die beiden ersten Piasten von den Herrschergestalten und den Staatsformen des Ostens und Westens. Sie haben nichts von der Art geschaffen, was etwa Jaroslaw I. in Kiew schuf: keine Sophienkathedrale, kein Goldenes Tor, nichts von jener Übersetzertätigkeit, die den Russen das Erbe der griechischen Kultur erschloß" (Brackmann, Seite 33). Das damalige Polen war ein primitives Gebilde; verglichen mit den Nachbarn im Osten und Westen, war gestaltlos in seinem staatlichen Aufbau und unfruchtbar auf kulturellem Gebiet. Nur langsam fand es durch die Berührung mit Deutschland (während Pommern und die Mark, Schlesien und die Lausitz in den deutschen Kulturkreis hineinwuchsen und im Norden der Staat des Deutschen Ritterordens erstand) den Anschluß an die abendländische Welt. Zu einem Staat europäischer Prägung ist Polen erst am Beginn des 14. Jahrhunderts unter dem letzten Piasten, Kasimir dem Großen, geworden. Dieser erst hat Polen die politische Form gegeben, die ihm Kraft nach innen und Bewegungsfreiheit nach außen verlieh, und dieser erst hat Polen aus einem primitiven, zu einem Kulturstaate gemacht, indem er Massen deutscher Bauer und Bürger heranzog, die, das Werk ihrer kolonisierenden Vorläufer vollendend, das Land mit den Rechtsformen, der Kunst und dem Geistesleben, dem Handwerk und den landwirtschaftlichen Erfahrungen ihrer deutschen Heimat durchdrangen. Über drei Jahrhunderte hatte der polnische Staat schon bestanden, ehe er voll in den Kreis der europäischen Kulturstaaten trat. Sein Gründer, Mieszko, und sein Vollender, Kasimir, haben das eine gemeinsam und darauf beruhten ihre Erfolge: Sie verstanden es, Frieden mit Deutschland zu halten. Der eine hat als Lehensträger den deutschen Königen Heerfolge gegen die Wenden geleistet und der andere hat, den vollendeten Tatsachen Rechnung tragend, in den Verträgen von Trentschin und Kalisch auf Schlesien und Pommerellen verzichtet. Beide haben sie dadurch ihrem Staate den mächtigen Schutz oder doch wenigstens die wertvolle Duldung des Reiches und ihrem Volke die Förderung durch das Deutschtum gesichert.

Mögen die Legenden, die Entstehung und Frühgeschichte des polnischen Staates und dessen Herrschergestalten umschlingen, immerhin noch dem verständlichen Wunsche entspringen, dem polnischen Volke eine heroische Vergangenheit zu „verschaffen", die es mit Stolz und Selbstvertrauen erfüllt, so sind die anderen Legenden, die sich auf den Untergang des altpolnischen Reiches beziehen, aus ganz anderen Motiven entstanden. Hier herrscht die Absicht vor, Preußen-Deutschland eines historischen Verbrechens zu zeihen und aus dieser moralischen Diskrimierung gegenwartspolitische Schlußfolgerungen zu ziehen. Es ist ja bekannt, wie geschickt es die polnische Propaganda

verstanden hat und noch heute versteht, mit dem Hinweis auf die „verbrecherische“ Teilungspolitik Friedrichs d. Gr. im Auslande Sympathien für das „vergewaltigte“ Polen und Abneigung gegen das „gewalttätige und strafwürdige“ Preußen zu wecken. Demgegenüber kann nur immer wieder eines festgestellt werden: Weder hat Preußen den Teilungsgedanken erfunden, noch war es bei der Teilung selbst die eigentlich treibende Kraft. Der Teilungsgedanke wurde schon einige Menschenalter, bevor er schließlich in die Tat umgesetzt wurde, vielfach erwogen. „Daß Polen nur noch durch die Uneinigkeit seiner Nachbarn bestehe, ist nicht erst ein Dogma des 18., sondern schon eine Meinung des 17. Jahrhunderts.“ (Hoetzsch, S. 192.) Genau hundert Jahre vorher, im Jahre 1662, sagte ein polnischer König Johann Kasimir, die Umstände, unter denen es einmal zur Teilung seines Reiches kommen würde, voraus. Und von August dem Starken, dem sächsischen Kurfürsten auf dem polnischen Königsthron, sagt Hoetzsch: „So weit war er von jeder konstruktiven Politik entfernt, so tief in rein dynastischen Gedankengängen befangen, daß er die in der Luft liegende Teilungsidee wiederholt in seinem Leben bedenkenlos als Ausgangspunkt für seine dynastisch-egoistischen Wünsche verwenden wollte“. Daß sich in der Zeit, in der die Teilung dann endlich Wirklichkeit wurde, nirgends in Europa ein irgendwie nennenswerter Widerstand regte und daß später auf dem Wiener Kongreß die Teilung von den dort versammelten Vertretern aller europäischen Mächte sanktioniert wurde, ohne daß es den Polen gelang, einen wirklichen Fürsprecher und Verteidiger ihrer staatlichen Auferstehung zu finden, das ist einfach nur damit zu erklären, daß man sich überall in Europa schon längst mit den Teilungsgedanken vertraut gemacht hatte und nirgendswo mehr die Notwendigkeit und Möglichkeit eines selbständigen polnischen Staates verkannte.

Ganz richtig hat der polnische Historiker Konopczynski in der von der Krakauer Akademie der Wissenschaften herausgegebenen „Geschichte Polens“ die allgemeine Lage zu Beginn der 70er Jahre des vorletzten Jahrhunderts charakterisiert, wenn er sagt: „Die ganze Frage, ob die Republik geteilt werden würde, wann und auf welche Weise, hing schon längst vom Standpunkt Rußlands ab“. Nicht Potsdam, sondern Petersburg war in der polnischen Frage die treibende Kraft, und das nicht erst bei der Teilung selbst, sondern schon seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts. Preußen hat hier eine im wesentlichen defensive Haltung bewahrt, und zwar defensiv gegen Rußland. Preußen blieb keine andere Wahl, als in der polnischen Frage gemeinsame Sache mit Rußland zu machen, wenn anders es seine eigene Existenz sichern wollte. Preußen mußte (und hier handelte es im Namen Europas) ein Vordringen der russischen Macht bis zur unteren Weichsel verhindern. Denn in Petersburgs Absicht hat es gelegen, ganz Polen an sich zu reißen. Das aber hätte das Ende des preußischen Staates und die russische Vorherrschaft über Europa bedeutet. Kann man Friedrich d. Gr. daraus einen Vorwurf machen, daß er aus dieser Zwangslage für seinen Staat mit meisterhaftem Geschick das Beste herauszuholen verstand? Zumal ja seine Besitzergreifung Westpreußens keineswegs eine gewaltsame Eroberung fremden Gebietes, sondern die Befreiung eines alten deutschen Kulturlandes von polnischer Fremdherrschaft und Mißwirtschaft war! So war die Lage: „Waren die Nachbarn willens und fähig, ihrerseits den Druck auf die Ostseeküste auszuüben, in dem der Zwischenstaat (d. h. Polen) zerdrückt werden mußte, so mußte dieser Zwischenstaat so stark sein, wie beide zusammen oder mit einem oder dem anderen sich auf Gedeih und Verderben verbinden, dann aber auch bündnisfähig sein. Das Polen von 1772 war nicht bündnisfähig, denn es war überhaupt kein Staat mehr.“ (Hoetzsch, S. 206.)

So also stellt die Geschichte des altpolnischen Reiches sich dar, wenn man sie der Legenden entkleidet, mit der Liebe und Haß sie umgeben: Jahrhunderte erst nach seiner Gründung wurde Polen zu einem Staate europäischer Prägung und schon mindestens ein Jahrhundert vor seinem Untergange hörte es wieder auf, einen Staat im europäischen Sinne zu bilden. Zwischen Aufstieg und Niedergang liegen Zeiten kulturellen Glanzes und politischer Größe. Aber die Kräfte, aus denen Glanz und Größe entstanden, weisen in ihrem Ursprunge weniger nach Polen selbst als nach anderen Ländern.

Dr. Kredel.

Der Kampf um den Bindestrich.

Genau 900 Jahre, von 1018 bis 1918, hat die Slowakei zur Stephanskrone gehört, ist sie ein Teil des ungarischen Reiches gewesen. Die Magyaren haben die Fremdvölker ihres Staates niemals rücksichsvoll und schonend behandelt. So kam es, daß die Slowaken während des Weltkrieges, als Ungarn um Sein und Nichtsein kämpfte, den Lockungen und Versprechungen der Tschechen glaubten und sich mit diesen zu gemeinsamem Vorgehen gegen den gemeinsamen Gegner, die Doppelmonarchie der Habsburger, verbanden. Während des Krieges schlossen die Wortführer der slowakischen Bewegung mit den tschechischen Führern in Pittsburg (USA) einen Vertrag, in dem die Grundsätze und Ziele der gemeinsamen Arbeit festgelegt wurden. Dieser Vortrag ist die rechtliche Grundlage des Verhältnisses zwischen Slowaken und Tschechen. In ihm wurde für den Fall eines Sieges der Westmächte und des Zerfalls der Doppelmonarchie die Bildung eines gemeinsamen tschecho-slowakischen Staates, in dem jedes der beiden Völker auf seinem Gebiet Herr im eigenen Hause sein sollte, vereinbart. Die Slowaken sollten im Verbande des gemeinsamen Staates vollkommene Autonomie mit eigenem Landtag, slowakischer Amtssprache usw. erhalten, und sie sollten nach Ablauf von zehn Jahren in freier Volksabstimmung über ihr weiteres staatliches Schicksal entscheiden. Aber im Oktober 1918, im Rausche der Umsturztage, vergaßen die Tschechen den Bindestrich in „tschecho-slowakisch“, das Sinnbild der slowakischen Autonomie. Sie schufen einen Staat, der weder in seinem Namen, noch in seinem Wesen einen Bindestrich führt. Sie haben den Vertrag von Pittsburg vergessen, die Zusicherungen, mit denen sie damals die Slowaken in ihre Netze zogen, verleugnet. Sie schufen die Fiktion einer tschechoslowakischen Nation. Sie behaupteten und sie wiederholten diese Behauptung so lange, bis sie schließlich selbst daran glaubten, daß die Slowaken nichts anderes seien als in ihrer Kultur nur etwas zurückgebliebene Tschechen; daß die slowakische Sprache eine bloße Abart des Tschechischen sei, daß die Slowaken nicht fähig seien, einen eigenen Staat zu entwickeln und zu erhalten, und daß sie, die Tschechen, als die fortschrittlicheren Brüder, berufen seien, die Slowaken politisch und geistig zu führen. So gibt es denn heute keine slowakische Amtssprache, keinen slowakischen Landtag, keine Spur einer slowakischen Autonomie. Ebenso wie in den sudetendeutschen Gebieten, und häufig noch mehr als dort, liegt die gesamte öffentliche Tätigkeit ausschließlich in den Händen landfremder Tschechen. Der Boden, den die tschechische „Agrarreform“ den ungarischen Großgrundbesitzern genommen hat, wurde nicht an einheimische slowakische, sondern an meist zugewanderte tschechische Bauern verteilt, usf. Von dem den Slowaken im Pittsburger Vertrage zugestandenen Recht auf Volksabstimmung ist im tschechischen Lager nicht mehr die Rede. Die Slowaken dagegen denken gar nicht daran, auf das Recht der Autonomie zu verzichten, das ihnen als einem selbständigen Volke moralisch zusteht. Sie haben im Jahre 1918 freiwillig ein Bündnis mit den Tschechen geschlossen, und sie nehmen für sich das Recht in Anspruch, von diesem Bündnis zurückzutreten oder es nach ihren Bedürfnissen und Wünschen umzugestalten. Der Pittsburger Vertrag war auf zehn Jahre befristet. Er ist im Jahre 1928 abgelaufen. Als damals Professor Tuka, der tapfere Vorkämpfer der slowakischen Autonomie, vor aller Öffentlichkeit die Feststellung wagte, daß nunmehr zwischen Tschechen und Slowaken eigentlich ein rechts- und vertragloser Zustand bestehe und daß es nun an der Zeit sei, die Bedingungen des weiteren staatlichen Zusammenlebens neu zu gestalten, wurde er als Hochverräter von tschechischen Richtern zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Fiktion der „tschechoslowakischen Nation“ ist zerplatzt. Die Pribina-Feier in Neutra, die von Prag aus als eine an die ungarische Adresse gerichtete Antirevisionskundgebung gedacht war, wurde durch das unprogrammäßige Auftreten des slowakischen Autonomistenführers zu einer Selbständigkeitskundgebung des slowakischen Volkes: „Es gibt keine tschechoslowakische Nation, es gibt nur ein tschechisches und ein slowakisches Volk.“ Der Widerstand gegen die tschechische Fremdherrschaft hat die Massen des slowakischen Volkes erfaßt. Prag steht vor einem Problem, dem die Staatskunst seiner Politiker auf die Dauer schwerlich gewachsen sein wird. Denn die 2 Millionen Slowaken stehen mit ihrer Forderung nach Autonomie nicht allein; von den 3½ Millionen Sudetendeutschen, die, ebenso wie die Slowaken, zum weitaus größten Teil auf geschlossenem Volksboden siedeln, wird dieselbe Forderung nach territorialer Selbstverwaltung erhoben. Und neben diesen 5½ Millionen stehen noch die ungarischen und ruthenischen Volksgruppen, die an dem Bestehen eines vom Tschechentum regierten Einheitsstaates nicht das geringste Interesse besitzen. Alle zusammen, Deutsche, Slowaken, Ruthenen und Ungarn, bilden etwa die Hälfte der Bevölkerung des tschechoslowakischen Staates. Dieser Staat verdankt seine Existenz der Lüge vom Bestehen eines einheitlichen tschechoslowakischen Volkes und der Lüge von der Unteilbarkeit Böhmens. Er hat, auf weite Sicht gesehen, in seinen heutigen Grenzen nur dann eine Zukunft, wenn Prag auf seinen Zentralismus verzichtet und den Slowaken, ebenso wie den Deutschen der Sudetenländer und den Ruthenen Karpatho-Rußlands, die volle territoriale Selbstverwaltung gewährt. Findet sich Prag hierzu nicht bereit, dann werden die nach außen strebenden Kräfte diesen Völkerstaat sprengen. Gewährt man, so sagte einmal der greise Führer der slowakischen Freiheitsbewegung, Pater Andreas Hlinka, den Slowaken nicht die Autonomie, so müssen die Wege der Tschechen und Slowaken sich trennen. Mit Gewalt werden die Tschechen diese Bewegung nicht mehr zu Boden zu zwingen vermögen. Dazu ist im slowakischen Volke das Bewußtsein einer tausendjährigen kulturellen Eigenentwicklung und eines tausendjährigen eigenen politischen Schicksals zu lebendig und stark. Dazu hat die tschechische Gewaltpolitik zu viel Märtyrer des slowakischen Feiheitsgedankens geschaffen. „Es gibt keine tschechoslowakische Nation.“

Dr. K.

Unverzüglich müssen Neubestellungen auf unser „Ostland“ für das 4. Vierteljahr aufgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspr. für 1 Vierteljahr beträgt 1,50 M. (ohne Zustellungsgeb.)

Der Weg zur Volksgemeinschaft.

Das ostoberschlesische Deutschtum ist in politische Bewegung geraten. Es ist auf dem Wege zur Volksgemeinschaft. Es wirft das Trennende von sich, das durch Klassen- und Konfessionspolitiker, durch Marxisten und Zentrumsleute in seine Reihen gebracht worden war. Die Deutsche Sozialistische Partei ist in völliger Auflösung begriffen; ihre Anhängerschaft, die niemals irgendwie beachtlich gewesen ist, schrumpft sichtlich zusammen; ihr Parteiblatt, die „Oberschlesische Volksstimme", die früher täglich erschien, kann schon seit einiger Zeit nur mehr als Wochenblatt fortgeführt werden. Den Anspruch, als deutsche Partei bezeichnet zu werden, hat diese marxistische, von Juden geleitete Gruppe durch ihre aktive Beteiligung an der antideutschen Hetze verwirkt. Was die Deutsche Katholische Volkspartei anlangt, so scheint ein Teil ihrer Führer zu glauben, dem Zuge der Zeit dadurch genügend Rechnung getragen zu haben, daß sie das Wort Katholisch in ihrem Parteinamen durch Christlich ersetzen. Im „Oberschlesischen Kurier" wurde diese Änderung des Firmenschildes mit folgenden Sätzen begründet:

„Mit dem Namen ‚Deutsche Katholische Volkspartei' ist die Erinnerung an unendlich viel selbstlose, mutige, zähe und erfolgreiche Arbeit im Dienste des deutschen Volkstums verknüpft. Es ist ein Ehrenname, den jeder mit Stolz tragen durfte, der sich zu dieser Partei bekannt hat. Nicht Flucht vor den alten Fahnen bedeutet es, wenn nun ein Schritt vorwärts getan wird. Nein: es soll eine Fahne entrollt werden, die die schönsten Symbole der alten Fahne in die Zukunft hineinträgt, jedoch in einer Form, die es möglich macht, daß auch deutsche Brüder mit uns marschieren können, die vordem neben uns marschiert sind... Auch die evangelischen Deutschen werden es erkennen, daß die Deutsche Christliche Volkspartei ihnen nicht nur Raum gibt, sondern auch die Möglichkeit, an der Führung des geeinten Deutschtums teilzunehmen."

Wie liegen die Dinge? Die Führer der alten Deutschen Katholischen Volkspartei sehen, daß die Zeit vorbei ist, in der es als „hoffähig" galt, mit der Religion Politik zu betreiben. Sie mögen es daher für zweckmäßig halten, in Zukunft die einseitig katholische Abstempelung ihrer Partei zu vermeiden. Offensichtlich hoffen sie sogar, ihre Partei nun, da sie nicht mehr als bloß „katholisch", sondern als „christlich" auftritt, zum Sammelbecken der deutschen Volksgemeinschaft machen zu können. Aber es ist wohl etwas viel verlangt, wenn man eine Namensänderung als Beweis eines ehrlichen Gesinnungswandels ansehen soll. Es ist kaum anzunehmen, daß ausgerechnet diejenigen Parteiführer, die noch vor kurzem — gelinde gesagt — dem Nationalsozialismus völlig ablehnend gegenübergestanden haben, nun **mit einem Male zu Hütern einer Volksgemeinschaft im nationalsozialistischen Sinne geworden sein sollen.** Der Weg zur Volksgemeinschaft geht über diese Gruppe alter Zentrumsführer hinweg, die sich weder vom parteimäßigen noch vom klerikalen Denken innerlich freizumachen vermögen. Ihre Zahl ist glücklicherweise gering. Dagegen wachsen wie überall im ostoberschlesischen Deutschtum, so auch innerhalb der alten Deutschen Katholischen Volkspartei zusehends die Kräfte, die sich dem alten Parteiwesen und ihren typischen Repräsentanten gegenüber ablehnend verhalten. Wie man übrigens im polnischen Lager die klerikalen Zentrumstypen, die den Anschluß an die Zeit noch nicht gefunden haben, beurteilt, mag die Äußerung eines polnischen Oppositionsblattes zeigen: Die Deutsche Christliche Partei zeige viel Loyalität gegenüber dem Polnischen Staate; sie sei nicht abgeneigt, mit dem polnischen Lager zusammenzuarbeiten. Die Folge sei allerdings, so fährt das Blatt fort, daß die deutsche Bevölkerung in Massen dieser Partei, bei der sie ihre Volkstumsbelange nicht mehr gewahrt sehe, den Rücken kehre.

Von polnischer Seite werden alle Bestrebungen, die auf einen politischen Zusammenschluß des ostoberschlesischen Deutschtums abzielen, mit stärkstem Mißtrauen verfolgt. Die polnische Wachsamkeit gilt vor allem der Deutschen Partei, die schon von jeher alle bürgerlichen Gruppen (ohne das Zentrum) in sich vereinte, sowie der Jungdeutschen Partei, die sich, noch nicht lange bestehend, offen als nationalsozialistisch bekennt. Auf dem am 24. September in Kattowitz abgehaltenen Parteitage der Jungdeutschen Partei wurde beschlossen, mit der Deutschen Partei wegen eines Zusammenschlusses der Deutschen und Jungdeutschen Partei in Verhandlungen zu treten. Zu gleicher Zeit beschlossen die drei deutschen Gewerkschaften Ostoberschlesiens, die Christlichen, Freien und Hirsch-Dunkerschen, einen Arbeitsblock deutscher Gewerkschaften zu bilden. Die polnische Presse ergeht sich in den wütendsten Angriffen gegen die ihr des Nationalsozialismus verdächtigen Gruppen. So schrieb kürzlich z.B. die „Polska Zachodnia", das Organ des Wojewoden Grazynski: „Jeder, auch der nur etwas polnisch fühlende Bürder, betrachtet voller Empörung die immer größere Unverschämtheit der hausbackenen Hitlerschen Umstürzler. Sehr oft hört man herausfordernde „Heil Hitler"-Rufe, deutsche Lieder und lärmende Streitigkeiten... Wir begrüßen", heißt es dann, „voller Genugtuung das letzte Einschreiten der Behörden gegen die Herausforderer und bitten die Behörden, mit eisernem Besen an die Beseitigung des Hitlerschen Kehrrichts aus Oberschlesien heranzugehen". Und ein anderes Mal heißt es in derselben Zeitung: „Die Hitlerbande, die unter der Firma „Deutsche Partei" organisiert ist und Ziele verfolgt, die mit den Rechten einer Minderheit in vollkommenem Widerspruch stehen, ist sofort zu liquidieren. Die Arbeit der Expositur eines fremden Staates, der uns feindlich gesinnt ist, darf nicht länger geduldet werden. Jeder neue Auftritt dieser Expositur ist eine immer empörendere Provokation."

Diese Worte sind typisch sowohl für die Angst wie für die **Absicht der Polen.** Es vergeht kein Tag, an dem nicht gegen die Deutschen Ostoberschlesiens der Vorwurf erhoben wird, „im Auftrage Hitlers" zu handeln und „im Dienste der NSDAP" an der Zertrümmerung des polnischen Staates zu arbeiten. Beweise hierfür, d. h. für ein organisatorisches Hand-in-Hand-Arbeiten der nationalsozialistischen Führung im Reiche mit den Deutschen Ostoberschlesiens sind natürlich nicht da. Denn ein solcher Zusammenhang existiert nur in der erregten und ängstlichen Phantasie mancher Polen. Was diese für ein organisiertes Zusammenarbeiten halten, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein politisch-weltanschaulicher Umschichtungsprozeß, dessen Wirksamkeit naturgemäß nicht durch staatliche Grenzen beschränkt werden kann. Was ist verständlicher, als daß das ostoberschlesische Deutschtum an der geistigen Revolution lebendigen Anteil nimmt, die das Gesamtdeutschtum innerhalb und außerhalb der Grenzen erfaßt hat? Und was ist natürlicher, als daß der Gedanke der Volksgemeinschaft auch über die alten Parteigebilde des ostoberschlesischen Deutschtums hinweggeht und zu neuen organisatorischen Formen hindrängt?

Die polnische Nationalanleihe.

Seit 1926 herrscht der Pilsudskiblock über Polen, ohne daß er es jemals für notwendig gehalten hätte, sich viel um die Meinung und die Zustimmung der Untertanen zu kümmern. Die neue „Schlachta" der Obersten und Generäle hat bisher niemals an das Volk appelliert, — auch die Wahlen von 1930 kann man schwerlich als einen Appell an die Massen bezeichnen. Jetzt aber sieht sich die Warschauer Regierung zum ersten Male gezwungen, das Volk um Vertrauen und Unterstützung zu bitten, nicht etwa weil außenpolitische Gefahr im Verzuge ist, nicht etwa, weil der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in ganz großem Stile durchgeführt werden soll, auch nicht etwa, weil das Parlament neu gewählt werden soll, sondern weil die Regierung 120 Mill. Zloty braucht, um den zu erwartenden Fehlbetrag des Staatshaushaltes zu decken. 120 Mill. Zloty = 55 Mill. RM. — das ist auch für das wirtschaftlich schwer darniederliegende Polen keine unerschwingliche Summe. Ein „gelinder Druck" auf die Beamtenschaft hätte genügt, um diesen Betrag in die Staatskasse fließen zu lassen; ein „Wink" an die Industrie hätte ausgereicht, um die Regierung aus ihrer Verlegenheit zu befreien. Aber der Regierung war das nicht genug; sie hat einen Riesenpropagandaapparat für die „Nationalanleihe" auf die Beine gestellt, in dem Regierungsanhänger und Oppositionelle zusammensitzen, in dem alles vereint ist, was in Polen einen Namen hat und Ansehen genießt. Wozu dieser Aufwand von erlauchten Persönlichkeiten und klingenden Worten? Weil es der Regierung nicht allein auf die 120 Millionen ankommt, deren sie freilich dringend bedarf, sondern weil sie die Zeichnung der Anleihe zu einer „Manifestation des Glaubens an die wirtschaftliche Zukunft Polens" zu machen gedenkt. Durch diese Anleihe will sie beweisen, daß das Volk Vertrauen zur Staatsführung besitzt. Sie braucht für ihr innerpolitisches Prestige einen großen, überraschenden Anleiheerfolg. Und sie braucht diesen Erfolg auch aus **außenpolitischen Gründen:** Sie muß dem Auslande beweisen, daß Polen sich aus eigener Kraft zu helfen vermag und zu helfen bereit ist und daß es daher auch das Vertrauen der ausländischen Geldgeber verdient, an deren Gebefreudigkeit in den letzten Jahren so oft vergeblich appelliert worden ist. Mit dem Hinweis aufs Ausland hofft die polnische Regierung auch die Opferbereitschaft der innerpolitischen Opposition, die sich sonst zweifellos ablehnend gegen diese Anleihe des Pilsudskisystems verhalten würde, mobilisieren zu können. Wie die „Opferfreudigkeit" mobilisiert wird, dafür einige Beispiele: Für jeden Beamten ist ein bestimmter Mindestbetrag, dessen Zeichnung „Ehrensache" für ihn sein soll, festgesetzt worden; da die Anleihestücke auf den Namen des Erwerbers lauten, läßt sich leicht kontrollieren, welcher Beamte seine „Ehrenpflicht" in hinreichendem Maße erfüllt hat. Die untersten Beamten und Angestellten haben 50—75 v. H. eines Monatsgehaltes zu zeichnen; von den mittleren und höheren wird „erwartet", daß sie ein volles Monatsgehalt für die Anleihe opfern. Die Industrie hat 8 v. T. ihres letzten Jahresumsatzes zuzüglich 6 v. H. ihres Steueraufkommens zu zeichnen. Andere Berufsgruppen werden in ähnlicher Weise zur „freiwilligen" Zeichnung mehr oder weniger angemessener Anleihebeträge ermuntert. Wenn diese „Anregungen" auf fruchtbaren Boden fallen, müßte die Anleihe etwa 240 Mill. Zloty ergeben, davon 70 Mill. aus der Beamtenschaft, 60 aus der Industrie, 50 aus der Angestelltenschaft, 40 aus dem Handel und je 10 Mill. aus den freien Berufen und der Landwirtschaft. Unter denen, die ihre Liebe zu Polen in raschelnden Zlotyscheinen beweisen, dürfen — natürlich — auch die polnischen Juden nicht fehlen. Denn Polen, so heißt es in dem Anleiheaufruf des Verbandes der Rabbiner in Polen, ist doch das „Land, zu dem alle Juden der Welt eine tief **verwurzelte Anhänglichkeit haben".**

Die Zukunft des Danziger Hafens.

Mit der Unterzeichnung des Hafenübereinkommens vom 5. 8./18. 9. ist der im Jahre 1930 vom Danziger Senat beim Völkerbund anhängig gemachte Gdingenstreit vorerst beendet. Vorerst: Denn das Recht der Freien Stadt auf volle Ausnutzung ihres Hafens bleibt potentiell weiter bestehen; das Übereinkommen gilt zunächst nur für die Dauer eines Jahres, vom 1. Oktober 1933 bis zum 30. September 1934; und es ist sehr wahrscheinlich, daß sich bereits im Laufe dieses einen Jahres Meinungsverschiedenheiten über die Handhabung des Übereinkommens einstellen werden, die dann von der bereits vorgesehenen paritätischen Kommission zu behandeln sein werden. Der Freien Stadt Danzig wird von Polen im Hafenabkommen für bestimmte Warengattungen eine bestimmte Mindestumschlagmenge garantiert. Und zwar sind Danzig für folgende Waren folgende Umsätze in der Ausfuhr bzw. Einfuhr zugesichert worden:

Ausfuhr:	
Getreide (Gerste, Weizen, Roggen, Hafer)	300 000 to
Mehl	25 000 to
Hülsenfrüchte	38 000 to
Spiritus	2 000 to
Kohle und Koks	3 000 000 to
Petroleum, Naphtha und Naphthaprodukte	50 000 to
Schwefelsaures Ammoniak	16 500 to
Staßfurter und natürl. ungereinigtes Salz, Salpeter und Soda	34 000 to
Zink	9 00 to
Metalle und Metallwaren	18 000 to

Einfuhr:	
Kaffee	4 000 to
Kakaobohnen	2 400 to
Tee	750 to
Reis	5 000 to
Frische Früchte	2 000 to
Salzheringe	35 000 to
Frische Heringe f. d. Danziger Eigenbedarf	283 to
Phosphorite	9 000 to
Thomasschlacke	10 000 to
Mineralsuperphosphate	2 500 to
Erze und Schwefelkies	90 000 to
Woll- und Baumwollgarn	5 400 to
Gerbstoffe	14 600 to
Pflanzen	9 500 to

Dazu ist folgendes zu bemerken. Diese Aufstellung enthält nicht alle Danzig garantierten Waren, sondern nur die wichtigsten von ihnen. Insgesamt ist der Freien Stadt ein Güterumsatz von etwa 4,4 Millionen Tonnen im Jahr garantiert, wovon etwa 4,15 Mill. Tonnen auf die Ausfuhr und rund 270 000 Tonnen auf die Einfuhr entfallen. Jedoch hat sich Polen bei einigen der aufgeführten Warengattungen Änderungen vorbehalten. So wird bei Petroleum und Naphthaprodukten eine Verminderung der zugesicherten Umschlagsmenge eintreten, falls das internationale Kartell entsprechende Änderungen seiner Exportpolitik vornehmen sollte; dagegen ist bei Spiritus im Hinblick auf die zu erwartende Aufhebung der Prohibition in den Vereinigten Staaten eine Erhöhung der vereinbarten Umschlagsmenge in Aussicht gestellt. Weiter hat sich Polen für pflanzliche und tierische Öle und Fette sowie für Sämereien im Hinblick auf die beabsichtigte Einfuhrbeschränkung eine Zusatzregelung vorbehalten. Die für Reis und frische Früchte festgesetzten Mengen sind nur unter der Bedingung garantiert, daß die betreffenden Danziger Firmen eine entsprechende polnische Einfuhrerlaubnis nachsuchen. Wenn in einer der bezeichneten Warengruppen eine Verringerung der polnischen Aus- oder Einfuhr eintritt, kann Polen eine entsprechende Herabsetzung des Danzig zugesicherten Umschlagkontingentes in diesen Waren vornehmen; es muß jedoch dafür sorgen, daß dieser Ausfall durch die Erhöhung der Kontingente in anderen Waren zugunsten Danzigs wettgemacht wird.

Zu bemerken ist weiter: In den garantierten 4,4 Millionen Tonnen sind nicht alle über den Danziger Hafen ein- und ausgeführten Waren enthalten, sondern nur diejenigen, bei denen eine Garantie besonders notwendig erschien und bei denen sich die polnische Regierung nach schwierigen Verhandlungen zu einer Garantie schließlich bereit fand. Bei manchen Waren, wie z. B. bei Zucker, hat Polen sich mit Rücksicht auf die in Gdingen bereits geschaffenen Umschlagseinrichtungen geweigert, eine Garantie für einen bestimmten Mindestumschlag in Danzig zu übernehmen. Andere Waren sind in die Garantieliste nicht aufgenommen worden, weil sich ihr Verkehr von selber regelt oder weil sie ausschließlich für die Deckung des Danziger Eigenbedarfes bestimmt sind. Zu den garantierten 4,4 Mill. Tonnen tritt also noch der nicht garantierte Güterumschlag, dessen Höhe sich schwer voraussehen läßt. Bei den angegebenen Zahlen handelt es sich um Mindestmengen, die in Danzig umgeschlagen werden müssen. Es ist also möglich — und Optimisten rechnen damit —, daß die garantierten Mengen überschritten werden. Für diese Annahme spricht, daß bereits am 1. November d. J. die Danziger Hafengebühren gemäß den Bestimmungen des Hafenabkommens herabgesetzt werden, was Danzig zweifellos seinen Wettbewerb gegenüber Gdingen erleichtert. Gegen diese Annahme spricht die unverhohlene Unlust der Polen, Danzig mehr zukommen zu lassen, als sie sich im Hafenabkommen mit Mühe und Not haben abhandeln lassen; dagegen spricht der Umstand, daß in einer ganzen Reihe von Warengattungen voraussichtlich ein Rückgang der polnischen Aus- und Einfuhr überhaupt eintreten wird, was sich naturgemäß auch auf Danzigs Güterumschlag nachteilig auswirken müßte; und dagegen spricht schließlich die Tatsache, daß Polen gar nicht daran zu denken scheint, den weiteren Ausbau des Gdingener Hafens zu stoppen, und daß es unter keinen Umständen bereit sein wird, seine Gdingener Anlagen etwa zugunsten der Freien Stadt ungenutzt liegen zu lassen.

Es ist schwer, die in der Garantieliste des Hafenabkommens angeführten Ziffern mit Umschlagszahlen früherer Jahre zu vergleichen. Derartige zahlenmäßige Vergleiche sind in jedem Falle willkürlich. Die Danziger Regierung hat ihren Forderungen im allgemeinen ein Vergleichsjahr zugrunde gelegt, das das zweite Halbjahr 1932 und das erste Halbjahr 1933 umfaßt. In diesem Vergleichsjahr hat der Danziger Gesamtgüterumschlag etwa 5,2 Millionen Tonnen betragen. Legt man das erste Halbjahr 1932 allein als Maßstab zugrunde, so ergibt sich eine Vergleichszahl von 4,5 Millionen Tonnen, die der jetzt garantierten Mindestziffer annähernd entspricht. Es sei, um die Gesamtsituation des Danziger Hafens zu beleuchten, noch einmal an den Güterverkehr früherer Jahre erinnert: Im Jahre 1926 wurden in Danzig 6,30 Millionen Tonnen umgeschlagen; im Jahre 1928 wurde mit 8,61 Millionen Tonnen der Höchstand erreicht; im Jahre 1932 war der Umschlag bereits auf 5,48 Mill. Tonnen gesunken. Der jetzt garantierte Mindestumschlag macht also nur die reichliche Hälfte des vor fünf Jahren erreichten Höchstumschlages aus. Die seewärtige Ausfuhr Danzigs betrug im Jahre 1926 5,66 Mill. Tonnen; ihren Höchststand erreichte sie im Jahre 1931 mit 7,58 Mill. Tonnen; jetzt ist eine Ausfuhr von 4,15 Millionen Tonnen garantiert. Die seewärtige Einfuhr Danzigs belief sich im Jahre 1926 auf 641 000 Tonnen, stieg im Jahre 1928 auf 1,83 Millionen Tonnen, ging bis 1932 auf 428 000 Tonnen zurück und ist jetzt mit 270 000 Tonnen garantiert; das bedeutet: Garantiert ist jetzt nur noch etwa ein Siebentel des Höchststandes von 1928. Das sind ganz enorme Rückgänge. Aber es geht nicht an, Wert und Unwert des Hafenabkommens an solchen Vergleichen zu messen. Man muß vielmehr bedenken, daß Danzig ohne dieses Abkommen in Zukunft sehr wahrscheinlich nicht einmal die ihm jetzt garantierten Mindestverkehrszahlen erreicht haben würde. Die wirtschaftliche Bedeutung des Abkommens für Danzig liegt darin, daß die vorauszusehende weitere Schrumpfung des Danziger Güterverkehrs verhindert worden ist — vorausgesetzt, daß Polen sich an seine übernommenen Verpflichtungen hält. Ob das der Fall ist, das wird sich bald feststellen lassen.

Danziger Politik.

Am 22. September erwiderten Ministerpräsident Jendrzejewicz und Handelsminister Zarzycki den Staatsbesuch, den vor einiger Zeit Senatspräsident Dr. Rauschning und Innensenator Greiser der Warschauer Regierung abgestattet hatten. Die polnischen Gäste wurden mit betonter offizieller Festlichkeit empfangen: Einholung durch Vertreter des Senates an der Landesgrenze, Ehrenkompagnie der Schutzpolizei usw. Zum zweiten Male seit dem Bestehen Polens hat jetzt ein Warschauer Regierungschef Danzig besucht. Am 27. Februar 1929 hatte der damalige Ministerpräsident Prof. Bartels den Staatsbesuch erwidert, den mehr als sieben (!) Jahre vorher, am 24. Oktober 1921, der damalige Senatspräsident Dr. Sahm der Warschauer Regierung abgestattet hatte und in dessen Gefolge das Warschauer Abkommen zustande gekommen war. Weder durch den Besuch von 1921 noch durch den Gegenbesuch von 1929 war es möglich gewesen, eine Periode friedlicher Zusammenarbeit zwischen der Freien Stadt und Polen einzuleiten. Heute sind — wenigstens auf Danziger Seite — die ideellen Voraussetzungen einer Verständigung andere als damals. Das gibt dem jetzigen Versuch zu einer geordneten Zusammenarbeit mehr Aussicht auf Erfolg.

Auf dem Gebiete der Danziger Innenpolitik verdient die Haltung der Zentrumspartei stärkste Beachtung. Sie weigert sich, aus der gegebenen Situation die Folgerunen zu ziehen. Sie will als Partei weiter bestehen bleiben. Anscheinend bildet sie sich ein, noch eine Mission erfüllen zu müssen. Der „Ruhm" des kleinen Dollfuß scheint den Leuten um Sawatzki, den geistigen Führer der Danziger Zentrumspartei, in den Kopf gestiegen zu sein. Das Danziger Zentrum hat den Auflösungsbeschluß der Windhorstbünde nicht anerkannt, sondern aus den unentwegten Klerikalen, die sich darin gefallen, mit ihrer Religion politische Geschäfte zu machen, einen neuen Führerring gebildet. Weiter hat es das Zentrum für richtig gehalten, den Senator Wierczinski-Keiser, nachdem dieser aus der Partei ausgetreten war, zur Niederlegung seines Amtes aufzufordern. Wierczinski-Keiser hat daraufhin sein Amt dem Senatspräsidenten zur Verfügung gestellt. Im Volkstag ist er jedoch sofort mit 36 nationalsozialistischen Stimmen wieder in den Senat gewählt worden. Die Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten nahmen an der Wahl nicht teil. Das Zentrum und die Polen gaben weiße Zettel ab. Die Hartnäckigkeit, mit der das Danziger Zentrum sein Parteidasein zu erhalten strebt, wäre einer besseren Sache wert. Es hätte die Möglichkeit, sich ebenso wie die Deutschnatiionalen und die Liberalen Danzigs mit einigem Anstand aus der Affäre zu ziehen. Der böswillige Widerstand, den das Zentrum der Verwirklichung der deutschen Volksgemeinschaft in Danzig entgegensetzt, hat dessen weiteres Verbleiben in der Regierung unmöglich gemacht. Dieser Erkenntnis konnte sich das Zentrum wohl selbst nicht verschließen; und es hat daher seinen Austritt aus der Regierung erklärt. Der Zentrumsführer, Prälat Sawatzki, hat seinen Senatsposten verlassen. Die NSDAP. leitet nunmehr allein die Politik der Freien Stadt Danzig. Die Parteiwirtschaft ist auch in Danzig zu Ende. Ob das Zentrum und die marxistischen Gruppen noch glauben, fortbestehen zu müssen, oder ob sie es doch noch vorziehen, sich aufzulösen, das spielt jetzt nur noch eine untergeordnete Rolle. Sie haben so und so nichts mehr zu sagen. Denn das Volk hat sich zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft bekannt.

„Von Politik verstehe ich nichts."

Nachdem Winkler und Starhemberg sich gegenseitig ihres Mißtrauens und ihrer Mißachtung versichert hatten, mußte Dollfuß sich wohl oder übel endlich zu einer Klärung der in seinem Kabinett herrschenden Gegensätze entschließen. Er hat am 21. September eine „neue" Regierung gebildet, die er seinem verblüfften Publikum als ein „Kabinett der Persönlichkeiten" meinte vorstellen zu müssen. Man hat im Reiche seit Stresemann eine ganze Reihe von Kabinetten mit ähnlich anspruchsvoll klingenden Titeln erlebt.

Neben Dollfuß selbst, der außer der Kanzlerschaft auch noch die Außen-, Landwirtschafts-, Sicherheits- und Heeresministerien in sich vereint, sind von den alten Männern in der neuen Regierung wieder vertreten: Major Fey (diesmal als Vizekanzler), Dr. Buresch (wieder als Finanzminister), Schuschnigg (wieder als Unterrichts- und dazu als Justizminister), Dr. Endler (als Verfassungsreformminister) und Dr. Stockinger (als Handelsminister). Neu hinzugekommen sind Dr. Kerber als Innenminister, Schmitz als Minister für soziale Verwaltung, sowie fünf Staatssekretäre, und zwar: Baron Karwinsky (Sicherheit), Fürst Schönburg-Hartenstein (Heereswesen), Dr. Gleißner (Landwirtschaft), Glaß (Justiz) und Neustädter-Stürmer (Fremdenverkehr und Arbeitsbeschaffung). Von diesen Ministern und Staatssekretären gehören zwei (nämlich Fey und Neustädter-Stürmer) der Heimwehr an und zwei, Kerber und Glaß, der Nationalständischen Front; die übrigen sind Christlich-Soziale. Das zweite Kabinett Dollfuß steht noch mehr als das verflossene im Zeichen des habsburgischen Legitimismus. Für das Verhältnis zu Deutschland bedeutet das eine weitere Verschärfung der Lage. Außenpolitisch steht Dollfuß gleichsam mit einem Fuß in Paris, mit dem anderen in Rom. Die inneren Gegensätze im Regierungslager sind mit der Neubildung der Regierung durchaus nicht verschwunden. Der Landbund, der bisher durch den Vizekanzler Winkler an der Regierung beteiligt war, ist an die Wand gedrängt worden. Welche Folgerungen er daraus ziehen wird, ob er zur Opposition übergehen oder hinhaltende Neutralität bewahren wird, wird sich bald zeigen. Auch das Verhältnis zur Heimwehr ist nicht völlig geklärt; diese ist zwar — wie erwähnt — an der Regierung durch zwei Männer beteiligt; Fürst Starhemberg aber, die Hauptfigur dieser Prätorianergarde, wurde beiseitegestellt, und auch Baugoin, der bisherige Heeresminister, ist als nunmehriger Präsident der Bundesbahnen auf ein totes Gleis geschoben worden. Weder die demokratischen Allüren Winklers noch die „austrofaschistischen" Ideen Starhembergs scheinen Gnade vor Dollfuß gefunden zu haben. Fey, der „starke Mann", der sich schon als Diktator Österreichs fühlte, muß sich mit dem Posten eines Vizekanzlers begnügen. Ob er sich mit Dollfuß vertragen wird, steht noch dahin. Die Sozialdemokratie hat sich vergebens in die Verhandlungen um die Regierungsbildung einzuschalten bemüht; Dollfuß kann sich, soweit es gegen die Nationalsozialisten geht, auf ihre Hilfe verlassen. Im übrigen aber gehört sie zur Opposition. Allerdings ist es ziemlich gleichgültig, ob sie für oder gegen Dollfuß ist; sie hat so und so nicht mehr viel zu bedeuten. Die Basis, auf der Dollfuß jetzt, nach der Regierungsumbildung, steht, ist noch schmaler und schwankender als zuvor. Wenn er überhaupt regieren will, dann kann er es nur in diktatorischer Form — gegen das Volk. Dazu scheint Dollfuß entschlossen; er ist Chef der Regierung; er leitet die Außenpolitik; er hat das wichtigste wirtschaftliche Ministerium, das für Landwirtschaft, in der Hand und er verfügt als Sicherheits- und als Heeresminister über die militärischen Machtmittel des Staates. — Im steirischen Bergarbeiterstreik hat die zweite Regierung Dollfuß ihre erste innerpolitische Niederlage erlitten. Der Ausstand endete mit einem Sieg der unter nationalsozialistischer Führung stehenden Arbeiterschaft. Die Regierung hat die verfügten Lohnkürzungen rückgängig machen und sich in den übrigen Streitfragen zu Verhandlungen bereitfinden müssen. Die Grubenarbeiter wurden, als sie nach z. T. 350-stündigem Streik unter Tage in ihre Wohnorte zurückkehrten, von der gesamten Bevölkerung mit Jubel empfangen. Die Polizei- und Bundestruppen, die noch einige Tage zuvor auf die Streikenden geschossen hatten, hielten sich trotz des nationalsozialistischen Charakters der Kundgebungen sichtlich zurück. — Wie Dollfuß die schlimme Situation, in die er sich begeben hat, zu meistern gedenkt, ist nicht ganz klar. Im letzten Jahre, als er noch ohne diktatorischen Ehrgeiz im Landwirtschaftsministerium saß, hat er einmal vor Journalisten, die ihn mit Fragen bestürmten, erklärt: „Aber meine Herren, ich bin ja gar kein Politiker. Davon verstehe ich nichts. Ich bin nur agrarischer Fachmann." Dr. Engelbert Dollfuß muß im Laufe eines Jahres viel dazu gelernt haben, wenn er sich heute zutraut, die Rolle eines Diktators zu spielen!

Die deutsche Wiedergeburt.

Auf der Hildesheimer Kulturwoche sprach Alfred Rosenberg, der Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. und Reichsleiter des Kampfbundes für Deutsche Kultur über die **deutsche Wiedergeburt**; er führte u. a. aus:

„Wir haben gegen Parteien gekämpft, dabei niemals vergessen, daß nicht nur eine alte Politik, sondern eine alte Weltanschauung abzulösen war. Jeder SA.-Mann hat gewußt, daß es nicht um einen Wirtschaftsstreit, sondern um einen Weltanschauungsstreit ging. Deshalb haben wir von dem ersten Tage an den Marxismus in seinen Grunddogmen bekämpft. Das 19. Jahrhundert wurde beherrscht von dem unerhörten Aufschwung der Technik, einem Aufschwung, der einer Millionenschicht Not und Elend brachte. Daß sich der Arbeiter dagegen empörte, zum Sklaven der anderen zu werden, ist aus dem urgermanischen Rechtsgefühl zu verstehen. In die Entwicklung dieser Auflehnung fraßen sich, von Juden hineingetragen, die Gedanken der Internationale, des Klassenkampfes und Pazifismus. Diesen Postulaten setzen wir drei andere entgegen, die bereits Gemeingut von 40 Millionen sind: die Postulate von Blut, Boden und Persönlichkeit. Geboren auf dem Asphalt der Weltstädte und in fremden Gehirnen, konnte die Internationale dem Arbeiter niemals Segen bringen; denn wenn der Arbeiter und der Bauer das Bodenständige verlieren, verlieren sie das Letzte. Logischerweise kam der Marxismus zur Persönlichkeitsvernichtung. Er sagte, große Menschen seien ein Zufall. Wir hingegen behaupten, daß die Persönlichkeit die höchste Blüte der Rasse ist. Da der Marxismus in weiten Kreisen ein Minderwertigkeitsgefühl großgezogen hat — er sagt z. B., daß ein Arbeiter nicht neben einen Hohenzollernprinzen gehöre —, beruht unsere Aufgabe in der Charaktererneuerung. Die niederen Instinkte gilt es niederzukämpfen und die Menschen nach der Leistung zu bewerten. Wir fragen: Was haben die Kirchen gegen den religionsfeindlichen Marxismus, der ihre Existenz bedrohte, getan? Wir freuen uns, daß sowohl katholische als auch evangelische Pfarrer mit uns kämpfen. Das darf uns aber nicht an der Feststellung hindern, daß die Kirche in ihrem Kampfe versagt habe. Der Nationalsozialismus hat den Kommunismus überwunden. Der SA-Mann hat es getan — aus nationalsozialistischem Erleben heraus. Und dieses Erleben vermittelt ein neues Geschichtsbewußtsein. Wir sehen die Werke unserer Historiker anders an als früher. Große Menschen früherer Epochen treten in den Hintergrund und umgekehrt. Wir glauben nicht an eine Weltgeschichte, in der vorgefaßte Theorien zu theoretischen und privaten Zielen ausgelegt werden können. Wir glauben nicht an Spengler, der magische Kräfte die Geschicke auf der Erde lenken lassen will. Die Kultur kommt nicht von oben, sondern von unten: aus Blut und Boden. So betrachtet, erscheint uns die Geschichte vielfach in einem anderen Lichte. Früher wurde gelehrt, daß das Deutsche Reich bis Bismarck hin eine Gründung Karls des Großen sei, den wir nur immer in erbittertem Kampfe mit Widukind sahen. Uns hingegen erscheint Widukind als der größere Held. Ohne Karls des Großen Werk schmälern zu wollen, bleibt die Feststellung, daß das fränkische Schwert im Dienste des Universalismus Roms stand. Widukind hingegen war der erste Kämpfer für Blut und Boden, Und es wird einmal die Zeit kommen, da man ihm ein Denkmal errichten wird. Mag er im 9. Jahrhundert unterlegen sein, im 20. Jahrhundert hat er gesiegt. Fortgesetzt wurde dieser Kampf von dem Ostmärker Heinrich dem Löwen, dem Ostmärker Bismarck und weiterhin von dem Ostdeutschen Adolf Hitler.

Wenn liberalistische Schreiberseelen behaupten, daß sich Geistigkeit nicht mit Machtgedanken vereinigen ließe, so entspricht das nicht den geschichtlichen Tatsachen. Wenn der neue Kulturkreis um Bayreuth sich im 19. Jahrhundert nicht voll entfalten konnte, so lag das daran, daß das Zweite Reich es nicht verstand, die deutsche Seele und die deutsche Macht zusammenzuhalten. Die Schirmherrschaft von Kultur und Kunst kann nur von denen übernommen werden, die für sie zu kämpfen wissen. Und dieser Kampf ist heroisch! Wir feiern heute die große Stunde der Wiedergeburt des Heroischen. Wie die Monumente des klassischen Griechenlands, die Epen von Ilias und Odyssee, von Hildebrand, den Nibelungen und Faust unvergänglich sind, so dokumentiert sich in der gegenwärtigen Hinneigung zu Monographien die Sehnsucht nach großen Vorbildern. Das Schrifttum der letzten Vergangenheit ist überlebt. Psychologische Werke finden kein Interesse mehr, Dostojewskis krankes Geschlecht geht uns nichts mehr an. Den gesunden Menschen wollen wir erleben — im Kampfe, Sieg und Untergang. Dies ist das Höchste, was der Mensch erreichen kann. Menschen wie Schlageter und Horst Wessel sind unser Ideal, kampferprobte Führer, Märtyrer und Sänger. Die Kunst kennt nicht mehr das ästhetische und psychologische Vergnügen, sondern nur das Erlebnis, und dies geht durch Stadt und Land. So auch ist zu verstehen, daß Hitler heute überall empfangen wird wie nie ein König zuvor. Diese Begeisterung ist ein Symbol dafür, daß wir vor einer Jahrtausendwende stehen. Wenn auch noch wirtschaftliche Sorgen drücken, so zeigen doch die Menschen wieder ein frohes Gesicht. Die eigene Sehnsucht trägt sie empor, das Leben hat wieder einen Sinn. Früher glaubte man an den Sinn der Kreuzzüge, im 18. Jahrhundert an den der Humanisierung. Heute treibt uns nur noch das eine: zu kämpfen für eine nationale Ehre und unseren germanischen Charakter.

Vor einem Sieg der estnischen Freiheitskämpfer?

Der Tag der Volksabstimmung über das Verfassungsänderungsprojekt des Verbandes der Freiheitskämpfer rückt immer näher heran. Das ganze Land steht im Zeichen der Vorbereitung zu dieser Bekundung des Volkswillens, der über die Zukunft Estlands entscheiden wird. Daß es hierbei nicht um einzelne Gesetzesparagraphen geht, sondern um die Zukunft der Heimat, wird allmählich auch denjenigen klar, die das bisher nicht gesehen haben oder nicht haben sehen wollen. Am 14., 15. und 16. Oktober wird die Entscheidung nicht darüber fallen, ob die estländische Staatsverfassung der Staatsführung in Zukunft ein gewisses Mehr an Machtbefugnissen einräumen wird, oder nicht, sondern das Volk wird befragt, ob der neue Geist von heute und morgen in das politische Leben Estlands seinen Einzug halten soll, oder ob Volk und Heimat auch weiterhin dem parlamentarischen Liberalismus von gestern und vorgestern verfallen bleiben, der auch hier wiederum geneigt ist, die eigenen Spielregeln der demokratischen Verfassung zu beugen und zu brechen, nur um seinen Todfeind, den Faschismus oder Nationalsozialismus niederzuhalten, der sich anschickt, auf legalem Wege zur Macht zu gelangen. Daß weite Kreise des Volkes sich über diese schicksalsschwere Bedeutung des kommenden Volksentscheids klar geworden sind, beweist der Wahlkampf, der in einer für das bedächtige Temperament des estnischen Volkes ungewöhnlichen Heftigkeit entbrannt ist. So hat, was in Estland bisher noch bei keinem einzigen politischen Wahlkampf zu verzeichnen war, der Revaler Polizeipräfekt Menschenansammlungen vor den Versammlungslokalen verboten, da der ungewöhnlich starke Andrang zu den Massenversammlungen der Freiheitskämpfer den Straßenverkehr behinderte. Die Freiheitskämpfer sind es auch, die in vorderster Reihe den Wahlkampf bestreiten. So haben sie, wie die Presse meldet, an einem einzigen Sonntage im ganzen Lande rund 100 Massenpropagandaversammlungen abgehalten, die zahlreich besucht waren und in denen ihre Redner, insbesondere der Führer A. Sirk, stürmisch gefeiert wurden. Eine Welle von Versammlungen, die sich immer wieder über das ganze Land ergießt, sorgt dafür, daß die Grundsätze der Freiheitskämpferbewegung im entferntesten Winkel des Landes bekannt werden. Diese Grundsätze faßt einer der Führer der Bewegung, General A. Larka im „Võitlus" wie folgt zusammen: Der Staat muß höher stehen als die Belange von einzelnen und von Interessengruppen. Die Idee steht höher, als der materielle Vorteil. Wo Jagd nach Gewinn und Geldgier herrschen, da entbehrt das Staatsleben jeglicher gesunder Grundlage. Jedoch auch ein kleines Volk kann stark sein, wenn der Geist in ihm stark ist, wenn es diszipliniert und arbeitsam ist. Es muß, um stark zu sein, einig sein, einig nicht nur nach außen, sondern auch innerlich, seiner Weltanschauung nach. **Die Freiheitsbewegung kämpft für die Einheit und Geschlossenheit von Volk und Staat, über alle Parteien und Klassen hinweg.** Nur so kann es zu einer autoritären Staatsführung kommen, denn das Volk erkennt nur solche Führer an, deren Blick auf das Volksganze gerichtet ist. Die Führung darf sich nicht auf eine einzelne Volksschicht stützen und diese gegen die anderen ausspielen, sondern muß, aus dem Volke hervorgehen und in steter Fühlung mit dem Volke bleiben stets nur das ganze Volk meinen. Wenn solcherart die Propaganda der Freiheitskämpfer für die Erneuerungsbewegung wirbt, so sind auch die Systemparteien selbstverständlich nicht müßig. Von den alten politischen Parteien sind es wohl nur die Altlandwirte, die trotz betonter demokratischer Einstellung, dem Verfassungsänderungsentwurf der Freiheitskämpfer als Partei nicht ausgesprochen feindlich gegenüber stehen. Der Bund der Landwirte gibt seinen Anhängern die Abstimmung zum Volksentscheid frei, wobei in einer parteiamtlichen Kundgebung der Standpunkt vertreten wird, daß die Annahme der Verfassungsänderung noch lange nicht die Entscheidung darüber bedeute, welcher politischen Richtung in Zukunft die Führung im Staate zufallen würde. Einer der hervorragendsten politischen Führer der Landwirte, der in weitesten Kreisen persönliches Ansehen genießende K. Päts, hat sich auf einer Versammlung sogar ganz unzweideutig für den Verfassungsänderungsentwurf ausgesprochen und dagegen Front gemacht, daß eine Bewegung, die zweifellos vom besten Willen für das Volkswohl beseelt sei, wahllos schlecht gemacht werde. Im Lager der unbedingten Gegner der Erneuerungsbewegung stehen in vorderster Front die Marxisten jeglicher Schattierung, also die estnischen Sozialdemokraten und die sie unterstützenden, illegal arbeitenden Kommunisten. In dasselbe Horn stoßen, wenn auch vielleicht etwas weniger überzeugt und laut, die Junglandwirte, die sich als reiner Interessentenklüngel von einer Richtung, die das Ganze über Standesinteressen stellt, wenig Gutes versprechen. Völlige Verwirrung herrscht dagegen in der Partei des gegenwärtigen Staatsältesten, der Nationalen Mittelpartei, die bisher als Kerntruppe im Kampf gegen die Erneuerungsbewegung anzusprechen war. Zwar ist es dem Staatsältesten Jaan Tõnisson gelungen, im Parteivorstand eine Entschließung durchzudrücken, die weiteren schärfsten Kampf gegen die Freiheitskämpfer der Partei zur Pflicht macht und die parlamentarische Vertretung der Partei auffordert, im Parlament die nötigen Folgerungen aus dieser Haltung zu ziehen. Da die Anhänger des Systems im Parlament die Mehrheit besitzen, bedeutet dieser Entschluß, daß sofort nach Zusammentritt des Parlaments und noch vor dem Volksentscheid über den Freiheitskämpferentwurf die parlamentarische Gesetzgebungsmaschine in Bewegung gesetzt werden soll, um der Volksabstimmung unter anderen auch durch Heraufsetzung des zur Annahme eines Volksentscheids erforderlichen Stimmsatzes alle nur denkbaren Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Unterdessen hat aber im ganzen Lande eine Rebellion der Parteiangehörigen gegen diese Politik der Parteiführung eingesetzt, die leicht dazu führen kann, daß aus der bisher einen immerhin nicht zu unterschätzenden Machtfaktor bedeutenden Nationalen Mittelpartei eine Schar von Führern wird, die keine Soldaten mehr hinter sich haben. Auf neulich abgehaltenen Versammlungen der Ortsgruppen der Partei in Wesenberg, Narwa und Pernau sind nämlich Entschließungen zur Annahme gelangt, die zum Ausdruck bringen, daß die Parteileitung nicht mit der Stimmung und dem Standpunkt der örtlichen Parteiorganisationen gerechnet habe und daß alle von ihr in der letzten Zeit unternommenen Schritte Fehler gewesen seien. Die Ortsgruppe Wesenberg ist sogar soweit gegangen, ihren Mitgliedern im Gegensatz zur „antifaschistischen Haltung der Parteileitung" ausdrücklich die Stellungnahme zum Volksentscheid freizugeben. Es ist daher weiter nicht erstaunlich, wenn eine Revaler estnische Zeitung sich mit dieser Lage in einem Artikel unter der Überschrift „Das Ende der Mittelpartei?" auseinandersetzt. Im deutschbaltischen Lager ist man sich des Ernstes der Stunde durchaus bewußt. Man weiß sehr wohl, daß die herannahende Entscheidung über die künftige Gestaltung des politischen Lebens des estnischen Volkes von schicksalschwerer Bedeutung für das Verhältnis zwischen Estentum und deutschem Baltentum sein wird. Im Gegensatz noch zur jüngsten Vergangenheit, wo die Gefahr bestand, daß das estländische Deutschtum **je nach der Einstellung zum Geist der neuen Zeit in zwei Lager** gespalten würde, scheint sich jetzt innerhalb des Deutschtums immer deutlicher eine einheitliche politische Willensbildung abzuzeichnen. Die Baltische Nationalsozialistische Bewegung, bisher von einer zahlreichen und wirtschaftlich machtvollen Systemgegnerschaft innerhalb der eigenen Volksgenossen als politisch nicht ernst zu nehmen abgelehnt, schickt sich nunmehr an, die politische Führung des estländischen Deutschtums anzutreten. Dementsprechend dürfte wohl die gesamte deutsche Wählerschaft, von einigen unbelehrbaren reaktionären Splittern abgesehen, ihre Stimmen für die Freiheitskämpferbewegung in die Waagschale werfen. In den letzten Folgen des Organs der Baltischen Nationalsozialisten „Der Aufstieg" lesen wir immer wieder die lapidare Feststellung: „Wir stimmen am 14., 15. und 16. Oktober für die Verfassungsänderung".

Der Einbruch der Erneuerungsidee in die gegnerische Front ist somit Tatsache geworden in Estland, sowohl beim estnischen Mehrheitsvolk als auch bei den deutschen Heimatgenossen. Man geht daher sicherlich nicht fehl, wenn man annimmt, daß der endliche Sieg der Erneuerungsbewegung nicht ausbleiben kann. — tg —

In der letzten Nummer (39) hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Im Artikel „Estland" muß es in der 23. Zeile von oben heißen „den deutschen Heimatgenossen" statt „der deutschen Heimatgenossen".

Lettland: Mit oder gegen Deutschland?

Das kleine Lettland kommt sich z. Z. wieder einmal als der große Siegerstaat vor, der sich berufen fühlt, große Politik zu machen. Ein gewisser „Redakteur" Jahnis Osol hielt im amtlichen lettischen Rundfunk eine Rede, die wirklich nicht dazu angetan war, die Beziehungen Lettlands zu Deutschland zu bessern. Er hielt einen Vortrag über das „durchaus französische" Saargebiet und führte dabei u. a. folgendes aus: „Ich finde absolut keinen Unterschied zwischen Deutschlands Hitlerismus und Rußlands Kommunismus. So wie der Kommunismus die ganze Welt erobern will, so will Hitler ganz Europa unter seinen Absatz und seine bewaffnete Faust bringen. Beide haben dieselben imperialistischen Tendenzen!" Man wisse zwar noch nicht, wie die Abstimmung im Jahre 1935 ausfallen werde; aber er hoffe, daß im Interesse Europas und des Friedens das Saargebiet auch künftig unter dem Regime des Völkerbundes verbleibe. Zum Schluß sagte er wörtlich: „So wie die Hitlerbanden bei ihrem Abzug aus Lettland alle Kulturwerke zerstört haben (!?), so haben sie auch in Nordfrankreich gewütet und alles zerstört!" So weit der „Redakteur" Osoll

Die „Jaunakas Zinas" berichtete über die große Rede Dr. Lüdtkes auf der Königsberger Historikertagung. Daß Inhalt und Sinn dieser Rede völlig entstellt wiedergegeben wurden, versteht sich am Rande. Seine eigenen Entstellungen nahm das Blatt dann zum Anlaß, um in ganz ungehöriger Weise gegen das baltische Deutschtum und die „Hitlerbanditen" zu hetzen. In seinem Eifer geht es dabei so weit, zu fordern, daß den baltischen Deutschen, die sich zum Nationalsozialismus bekennen, die lettische Staatsangehörigkeit aberkannt wird. Wörtlich heißt es da (Nr. 211 vom 20. September 1933): „Die Deutschen, die sich in die Reihen der nationalsozialistischen Kämpfer hineingezwängt haben, können keine lettischen Staatsbürger sein. Sie selbst haben sich außerhalb der lettischen Staatsangehörigkeit gestellt." Man sieht: Dr. Engelbert Dollfuß hat in Riga gelehrige Schüler!

Auch die „Sozialdemokrats" sucht nach neuem „Material", um gegen die Deutschen zu hetzen. In einer der letzten Nummern glaubt sie solches in der Person eines gewissen Karl Beschmitt gefunden zu haben, der, „obwohl mit krimineller Vergangenheit", wie sie sagt, „von

der deutschen Gesandtschaft in Riga lediglich zu dem Zwecke angestellt worden ist, um die reichsdeutschen Emigranten zu bespitzeln (!). Weiterhin wärmt dieses Blatt das alte Märchen auf, daß der „Perkonkrusts", d. h. die Organisation der lettischen Faschisten, von einer Reihe „reichsdeutscher Hitleristen" bezahlt wird. „Sie nehmen", schreibt der „Sozialdemokrats", nach dem Muster der deutschen Hitlerleute alle diejenigen auf, die aus andern Organisationen als schädliche und untaugliche Subjekte ausgeschlossen worden sind. Aus eben solchen Leuten organisiert auch Hitler seine SA, die noch jetzt in Deutschland die Arbeiter mordet und bedrückt (!)."

Wie der „Perkonkrusts" in Wirklichkeit dem baltischen Deutschtum gegenüber eingestellt ist, beweist folgendes Ereignis: Der Führer dieser lettischen Faschisten, G. Zelmin, hielt in einer öffentlichen Volksversammlung eine groß angelegte programmatische Rede über die Ziele des lettischen Faschismus, in der er den „Perkonkrusts" als ein rein lettisches Produkt bezeichnet, wenn auch seine Ideologie sich an den Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus anlehne. Der oberste Leitsatz der Partei sei: Lettland den Letten! Wenn der „Perkonkrusts" an die Macht komme, werde es keine Minderheiten in Lettland mehr geben (!). Man werde sie nicht gerade totschlagen, aber man werde sie innerhalb dreier Monate durch wirtschaftlichen Boykott, dem man durch gesetzgeberische Maßnahmen noch etwas nachhelfen werde, vernichten. (!) Die fremde Bevölkerung Lettlands zerfalle in zwei Kategorien: einmal in die Litauer und Esten, die aber als Nachbarvölker, nicht als Minderheiten angesehen werden könnten und die sich mit den Lettländern in einer sicher kommenden Stunde der Gefahr zu einem Volk vereinigen würden, und ferner die Juden, Deutschen und übrigen Fremdvölker. Diese drei letzteren Kategorien müßten verschwinden. Die deutsche Minderheit solle sich nur keinerlei Illusionen hinsichtlich der Möglichkeit eines Zusammengehens mit dem „Perkonkrusts" machen. Eine solche Zusammenarbeit käme niemals in Frage.

Man sieht also: Der lettische Faschismus, dem von der anderen Seite unterstellt wird, daß er von Berlin bezahlt wird, beantwortet diese Behauptungen mit Haßgesängen zwar nicht gegen den „Hitlerismus" an sich, sondern gegen die baltischen Hitleristen, die seiner Meinung nach in Lettland „nichts zu suchen haben" und ausgerottet werden müßten. Das baltische Deutschtum befindet sich somit in einer Abwehrstellung gegen mehrere Fronten zugleich. Es sieht aber so aus, als ob die eine Front, die der lettischen Sozialdemokratie, vor ihrem völligen Zusammenbruch steht. Die Spaltung der lettischen Sozialdemokratischen Partei wird, wie die „Pedeja Brīdi" schreibt, noch in diesem Herbst Tatsache werden. Der rechte Flügel läßt, wie es heißt, vom 1. Oktober an eine eigene neue Zeitung „Darba avise" erscheinen. Er verfügt zur Zeit über mehr Sitze im Landtag als der linke, dieser jedoch über mehr Anhänger unter der Masse als er. Vermutlich wird der linke Flügel noch längere Zeit, wenn auch nur notdürftig, sich über Wasser zu halten vermögen, während der rechte, aller Wahrscheinlichkeit nach, früher oder später ins bürgerliche Lager abschwimmen wird. Die Sozialdemokraten sind, so schreibt die „Jaunais Celsch", „die Totengräber der Demokratie". „Die Sozialdemokraten hängen stur an alten Formen, an den bestehenden Verhältnissen mit all' ihren negativen Eigenschaften. Einen jeden, der eine positive Änderung im demokratischen Sinne für das Staatsleben fordert, bezeichnen die Sozialdemokraten als Knecht Deutschlands, als Hitlermann." Ganz unsere Ansicht.

Interessant ist die Stellungnahme der „Jaunais Celsch" zur Frage der Minderheiten. Es heißt da u. a.: „Jeder nichtkorrumpierte und unkäufliche Lette sieht mit Besorgnis die großen Haufen der Juden, die sich von allen Seiten in unser kleines Land hereindrängen. Nicht umsonst bezeichnen die Juden Lettland als ihr zweites Palästina. In Deutschland ist der Judenexpansion und Korruption ein für allemal ein Riegel vorgeschoben. Die Juden müssen ins Ausland, um ihre ungesetzmäßigen Geschäfte in ihrer grenzenlosen Unverschämtheit machen zu können. Tagtäglich lesen wir in den Zeitungen, daß man überall mit den politischen Emigranten unzufrieden ist. Auch in unser Land kommen diese Parasiten. Nach außen hin sagen sie natürlich, man besuche unsere Kurorte. Der jüdische Abgeordnete Dubin, der sich mächtiger als der Innenminister fühlt, hat alle Hände voll zu tun, um ihnen die lettische Staatsangehörigkeit zu erwirken. Mit ihrer Unmoralität und Unverschämtheit sind die Juden als die größten Parasiten des Staates anzusehen". Nach einem Seitenhiebe auf die Deutschen, die „sich in ihrer Einbildung als die einzigen Kulturträger im Lande ansehen" (ist das nicht etwa siebenhundert Jahre hindurch so gewesen?), zieht die „Jaunais Celsch" dann auch über die Polen her: „Desgleichen", so schreibt sie, „können wir die polnischen Führer nicht als loyale Bürger des Staates ansehen, auch die katholischen Geistlichen sind in gewisser Weise staatsgefährlich". (Gemeint sind die Polonisierungsbestrebungen der Katholiken in Lettgallen).

Ähnlich drückt sich das Blatt der eigentlichen lettischen Nationalsozialisten, der Schtelmacherleute, die „Silais Erglis" aus. Sei will die Judenfrage als Gesamtproblem aller arischen Völker aufgefaßt wissen und schreibt u. a.: „Im Weltkrieg stellten sich viele Letten aus reinem Instinkt auf die Seite der Entente, andere wieder auf die Seite der Mittelmächte. Das lettische Volk wird niemals die Leiden und Erniedrigungen vergessen können, die ihnen die hundertjährige Sklaverei der deutschen Barone auferlegt hat. (?) Darf aber die jetzige deutsche Jugend, die sich mit den neuen Lebensbedingungen zufriedengegeben (?) und die Souveränität des lettischen Volkes im Lande anerkannt hat, für die vielfach problematischen Taten ihrer Vorfahren verantwortlich gemacht werden? Wären das dann nicht die alten Vorwürfe und die Reste, sagen wir, einer Blutrache? Dasselbe wäre auch von dem Verhalten zu unserem großen Nachbarvolke, den Deutschen, zu sagen. Als Deutschland noch ein Brutnest des Sozialismus war, da war das lettische Bürgertum gegen das Reich feindlich eingestellt, obwohl unsere Sozis und Juden eine deutsche Orientierung selbst während des Krieges besaßen. Jetzt aber, wo der Marxismus und das Judentum in Deutschland ausgespielt haben, hetzen unsere Sozialdemokraten und Juden das lettische Volk gegen das deutsche, während umgekehrt das lettische Bürgertum ungeachtet des früheren verständlichen Hasses gegen alles Deutsche jetzt immer mehr Sympathien gerade für das nationalsozialistische Deutschland empfindet. Diese Sympathie kann der objektive Historiker nicht anders charakterisieren, als daß er den Nationalsozialismus als den Retter der Menschheit, besonders Europas von den Würgern des Marxismus und Mordbuchaismus bezeichnet. War es nicht übereilt", so fragt dann das Blatt der lettischen Nationalsozialisten, „Herriot so warm zu begrüßen, der doch noch einige Tage zuvor den größten Feind der ordentlichen Menschheit, den Kommunismus, in Rußland gepriesen hat? Man sollte doch die Kritik nicht verlieren! Das nationalsozialistische Deutschland will mit Lettland in einem freundschaftlichen Verhältnis leben und hat nicht die geringste Mißachtung gegen uns gezeigt, trotz des jüdischen Boykotts. All dieses beweist nur, daß wir endlich einmal zu einer sachlichen politischen Orientierung gelangen müssen, die unserem Staatswohl dienlich ist."

Neuerdings spricht sich auch der Bauernbund immer mehr für „gute Beziehungen zu Deutschland aus, zumal sie doch auch schon früher bestanden hätten". — Aus dem bisher Gesagten ersieht man einerseits den giftigen Haß aller chauvinistisch und links eingestellten lettischen Kreise gegen alles Deutsche und andererseits das weitere Einschwenken einsichtiger Letten, die eine sachliche Zusammenarbeit mit Deutschland befürworten.

H. L-L.

Ostland-Woche.

Zusammenschluß der Sudetendeutschen.

In Reichenberg (Böhmen) fand kürzlich eine Beratung von bevollmächtigten Vertretern aller deutschen nichtmarxistischen Parteien statt, in der das Grundgesetz des bereits am 19. März ins Leben gerufenen Sudetendeutschen Volksrates einstimmig genehmigt wurde. Der Hauptteil der Aussprache drehte sich um die Zusammensetzung des Hauptausschusses des Volksrates, um die Eingliederung der parlamentarischen Gemeinschaft und des deutschpolitischen Arbeitsamtes und um die Gliederung dieser neuen Volksorganisation in Orts-, Bezirks- und Gauräte. Als bemerkenswert muß die erfreuliche Tatsache bezeichnet werden, daß alle Fragen einer einmütigen Lösung zugeführt werden konnten. Auf Grund des einstimmig beschlossenen Grundgesetzes werden nunmehr die politischen Parteien sowie auch die in allen Teilen des sudetendeutschen Sprachgebietes bereits bestehenden Volksratsorganisationen ihre Vertreter für den Hauptausschuß namhaft machen, worauf am 15. Oktober mit der Wahl eines Vollzugsausschusses die Konstituierung des Sudetendeutschen Volksrates vollzogen wird. Dieser Beschluß wird in allen nationalen sudetendeutschen Kreisen größte Genugtuung auslösen, bedeutet er doch nichts weniger, als daß endlich der langersehnte Sudetendeutsche Volksrat, der allein dem sudetendeutschen Volk in seiner nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Not Erleichterung zu bringen vermag, im Begriffe ist, Tatsache zu werden. Daß die deutschen Sozialdemokraten außerhalb des sudetendeutschen Volksrates stehen werden, ist keine Überraschung, da sich die Führung der „deutschen" Marxisten durch ihre volksfremde Politik, die einzig und allein von einem blindwütigen Haß gegen das nationale Deutschland und alles, was mit dem heutigen Deutschland sympathisiert, geleitet ist, schon längst außerhalb der sudetendeutschen Volksgemeinschaft gestellt hat.

Polnische Polizeiknüppel gegen deutsches Begräbnis.

Die Beisetzung des am 17. September durch polnische Techniker ermordeten deutschen Volksbundjungen Konrad Dylong in Kattowitz gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung des Deutschtums aus dem gesamten Industrierevier. Die Volksbundjungen aus Ostoberschlesien hatten es sich nicht nehmen lassen, zu Tausenden anzutreten, um ihrem ermordeten Kameraden die letzte Ehre zu erweisen. Auch aus Beuthen und Hindenburg waren Abordnungen der deutschen Jugendorganisationen erschienen. Das Begräbnis, das auf Anordnung der Polizei um 8 Uhr morgens stattfinden sollte, wurde im letzten Moment bereits auf 7 Uhr vorverlegt. Der polnische Pfarrer von Friedenshütte hatte sich geweigert, die Glocken läuten zu lassen, ebenso durfte dem Leichenzug nicht das Kreuz vorangetragen werden (!). Vierzig schwer bewaffnete Polizisten begleiteten den Trauerzug, in dem Tausende junger Menschen schritten. Als die Beisetzung erfolgt war, marschierte die Volksbundjugend vor dem Kirchhof geschlossen auf, um auf die Kameraden zu warten, die erst um 8 Uhr eintrafen, da sie von der Vorverlegung der Beisetzung nicht rechtzeitig hatten verständigt werden können. Es war beabsichtigt, die Totenfeier zu wieder-

holen. Die Polizei, die unterdessen Verstärkung erhalten hatte, ging gegen die Volksbundjungen mit dem Gummiknüppel los, um sie auseinanderzutreiben. Die Jungen standen jedoch wie eine Mauer und ließen sich nicht auseinandertreiben. Es gab Augenblicke höchster Spannung, ein einziger Funke hätte genügt, um eine regelrechte Schlacht zu entfesseln. Als der Polizeikommandant sich davon überzeugte, daß mit der blanken Waffe gegen die ständig anwachsende Menge der Begräbnisteilnehmer nichts auszurichten sei, gestattete er den einzelnen Abordnungen, die mitgebrachten Kränze auf dem Friedhof niederzulegen. Ein großer Teil der Menge drängte nach, so daß der Kirchhof schwarz von Menschen war. Die Mutter des ermordeten Dylong hatte inzwischen den Sarg nochmals öffnen lassen. Die Polizei schritt jedoch brutal ein, nagelte den Sarg zu und ließ ihn in das Grab hinab. Nur der bewundernswerten Disziplin der Deutschen ist es zuzuschreiben, daß ein schweres Blutbad verhindert wurde. Die Ermordung des Volksbundjungen Dylong beleuchtet wieder einmal in krassester Weise die unhaltbaren Zustände in Ostoberschlesien.

Denkmal für Gravina.

Anläßlich des einjährigen Todestages des früheren Danziger Völkerbundkommissars Graf Gravina, der sich in Danzig allgemeiner Achtung erfreute, fand am 18. September auf dem Friedhof St. Albrecht bei Danzig, wo Graf Gravina vorübergehend beigesetzt worden war, die Weihe eines vom Senat errichteten Gedenksteines statt. An der Feier nahmen u. a. teil: Senatspräsident Dr. Rauschning mit zahlreichen Vertretern des Senats und den Spitzen der Danziger Behörden, der gegenwärtige Völkerbundskommissar Rosting, ein Vertreter des deutschen Generalkonsuls und der diplomatische Vertreter der Republik Polen, Dr. Papée. Dr. Rauschning hielt die Gedenkrede: Graf Gravina sei ein Diplomat großen Formats gewesen und habe über einen hervorragenden Geist verfügt, der ihn in den Stand setzte, die Danziger Probleme nicht nur als Einzelfragen, sondern auch in ihrem großen Zusammenhang zu erfassen. Danzig werde dem Grafen Gravina treue Erinnerung bewahren.

Änderung des Kattowitzer Stadtwappens.

Entgegen den Stimmen der deutschen Fraktion wurde beschlossen, das Kattowitzer Stadtwappen umzuändern. Und zwar sollen die Ziffern des Gründungsjahres 1863 aus dem Wappen entfernt werden und an ihre Stelle ein Täfelchen mit den polnischen Nationalfarben treten.

Polnische „Schulkameraden".

In Friedenshütte (Ostoberschlesien) wurde der Schüler der 6. Klasse der Minderheitsschule, Josef Roskosek, während einer Pause von zwei polnischen Schülern überfallen und durch Messerstiche am rechten Arm verletzt. Einem anderen deutschen Schüler wurde von polnischen „Schulkameraden" ein Auge ausgeworfen. Eine deutsche Lehrerin wurde von einem polnischen Schüler mehrere Treppen hinuntergestoßen. Beschimpfungen der deutschen Schüler sowie der deutschen Lehrerschaft sind an der Tagesordnung.

Ein Lehrer für 142 Schüler.

Für die Schulnot des Deutschtums in Ostoberschlesien bilden die Verhältnisse in Eichenau ein Beispiel, wie es für zahlreiche Gemeinden mit überwiegend deutscher Bevölkerung typisch ist. Durch die zahlreichen Ummeldungen aus der polnischen Schule ist die Schülerzahl der deutschen Minderheitsschule in Eichenau auf 142 angewachsen. Für diese große Kinderzahl gibt es nur einen Lehrer und zwei Klassenzimmer. Auf verschiedene Beschwerden der deutschen Erziehungsberechtigten wurde schließlich eine zweite Lehrkraft eingestellt. Diese Lehrerin hat sich aber bereits am ersten Tage des Unterrichts krank gemeldet, weil sie der deutschen Sprache nicht mächtig ist, und die Kinder polnisch nicht verstehen.

Bielitzer Mädchengymnasium unter polnischer Leitung.

Die deutsche Mädchenschule in Bielitz, die noch im letzten Schuljahr von Direktor Otto Schoppa geleitet wurde, stand zu Beginn des neuen Schuljahres, nach der Pensionierung dieses Leiters, unter einer provisorischen Direktion. Dieser Tage wurde durch die Schulabteilung der Wojewodschaft die freie Schulleiterstelle mit einem Oberlehrer Heczko aus Golleschau, einem Bruder des polnischen Direktors des Staatsgymnasiums mit deutscher Unterrichtssprache in Bielitz, besetzt. So ist jetzt also auch das zweite deutsche Gymnasium in Bielitz unter polnischer Leitung. Der Bielitzer Gemeinderat und die Elternschaft haben in dieser Sache bei der Wojewodschaft interveniert.

Seelenkauf.

Ein Lokomotivführer der Falvahütte aus Schwientochlowitz, der in Turnusurlaub war, sollte wieder eingestellt werden. Er hatte auch auf dem Meldebüro der Falvahütte und beim Arbeitsnachweis alle erforderlichen Bescheinigungen erhalten, als ihm ein polnisches Betriebsratsmitglied, Brzosowski, erklärte: „Ich glaube, du wirst nicht mehr eingestellt werden. Der Arbeitsnachweis macht Schwierigkeiten, weil du die Kinder in die Minderheitsschule schickst." Brzosowski riet dem Deutschen, auf einem vorgedruckten Zettel seine beiden Kinder in die polnische Schule umzumelden, mit dem dann Brzosowski auf dem Arbeitsnachweis die erforderlichen Schritte tun wolle. Um das Brot nicht zu verlieren, gab der Lokomotivführer die Unterschrift. Er wurde eingestellt — aber seine Kinder werden in der polnischen Schule zu Polen gedrillt.

Deutsche werden entlassen.

Die Interessengemeinschaft (Kattowitzer Aktiengesellschaft und Vereinigte Königs-Laurahütte) hatte allen ihren Beamten zum 30. Sepetmber d. J. die vorsorgliche Kündigung zugestellt. Nunmehr hat die Grubendirektion der Fizinus- und Richterschächte, die zur Interessengemeinschaft gehören, eine Liste der zur Entlassung bestimmten Beamten aufgestellt. Danach sollen 80 Beamte, überwiegend deutsche, z. T. jahrzehntelang beschäftigt Personen abgebaut werden. Die Entlassung hängt noch von der Genehmigung des Demobilmachungskommissars in Kattowitz ab. Daß dieser die Entlassung der Deutschen verhindern wird, ist nicht anzunehmen.

Ein Monat Haft, weil — Kopernikus ein Deutscher war.

Das Stargarder Bezirksgericht verhandelte gegen den Chefredakteur des „Pommerellen Tageblattes", Otto Martin, der angeklagt war, in einem Aufsatz über Kopernikus „das Ansehen der polnischen Nation herabgesetzt" zu haben und zwar mit der Behauptung, daß Polen keine bahnbrechenden Geistesgrößen hervorgebracht habe und Kopernikus deutschen Stammes sei. Das Gericht verzichtete bezeichnenderweise auf ein näheres Eingehen auf diese Behauptungen und verurteilte Martin zu einem Monat Haft. Bewährungsfrist wurde mit der Begründung abgelehnt, daß ähnliche Vorkommnisse unter den Deutschen in letzter Zeit häufig seien. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Kennzeichnend für die Voreingenommenheit der gerichtlichen Stellen ist die Wendung in der Anklageschrift, daß die Behauptung über das Volkstum des Kopernikus typisch für einen Repräsentanten des heutigen nationalsozialistischen Deutschlands sei, wo sogar Christus und seine Apostel (mit Ausnahme von Judas) zu Deutschen gestempelt würden. (!)

Rohe Friedhofsschändung.

In der Nacht zum 25. September wurden auf dem alten Kreuz-Kirchhof in Posen mehr als sechzig Grabdenkmäler dort beigesetzter Deutscher umgeworfen und zum Teil zertrümmert. Der Polizei ist es natürlich nicht gelungen, die Täter zu ermitteln.

„Mein Kampf" konfisziert.

Durch Verfügung des Kattowitzer Amtsgerichts, die sich auf Art. 152 des Strafgesetzbuchs stützt, in welchem von der „Beschimpfung des polnischen Volkes" die Rede ist, wurde das Buch Hitlers „Mein Kampf" konfisziert; und zwar wird die Beschimpfung des polnischen Volkes in folgendem Satze erblickt: „Auch hier (d. h. in Deutschland) glaubte man eine Germanisation des polnischen Elements durch eine rein sprachliche Eindeutschung desselben herbeiführen zu können. Auch hier wäre das Ergebnis ein unseliges geworden: Ein fremdrassiges Volk, in deutscher Sprache seine fremden Gedanken ausdrückend, die Höhe und Würde unseres eigenen Volkstums durch seine eigene Minderwertigkeit kompromittierend." (Die Übersetzung dieser Stelle ins Polnische ist teilweise sehr ungenau; bei vorstehendem Satz handelt es sich um eine Rückübersetzung aus dem Polnischen.) Wegen eines Satzes wird in Polen ein Buch verboten, das seinen Weg um die Welt gemacht hat und dessen Ideengehalt maßgeblich das europäische Geschehen beeinflußt! Übrigens haben auch die tschechischen Behörden dem Buche Hitlers das Debit entzogen.

Ein Deutscher — Bürgermeister in Neustadt (Pommerellen).

Der deutsche Möbelfabrikant Wilhelm Stark wurde von den städtischen Körperschaften von Neustadt in Pommerellen zum Bürgermeister gewählt. Der Wojewode in Thorn hatte dem Stadtparlament anheim gestellt, nach seinem Vorschlag den Bürgermeister zu wählen. Das Parlament wählte jedoch einen Deutschen. Ein Beweis dafür, wie deutsch die abgetretenen Gebiete immer noch sind.

Reichsdeutsche sollen polnische Anleihe zeichnen.

Innerhalb des Ballestremkonzerns, der Friedenshütte und Wyrekgrube, ist in letzter Zeit eine starke Agitation im Gange, die zum Ziele hat, die reichsdeutschen Arbeiter und Angestellten dazu zu zwingen, bis zu einem Monatsgehalt für die polnische Inlandsanleihe zu zeichnen. Den Deutschen wird deutlich zu verstehen gegeben, daß sie, falls sie sich der Zeichnung entziehen sollten, unbedingt ihre Stellungen verlieren würden. Unterstützt wird dieser „moralische" Druck durch die neuen polnischen Generaldirektoren.

Zwei Wochen Gefängnis.

Der Hauptschriftleiter des „Memeler Dampfboots", Martin Kakies, ist am 23. September vom Friedensrichter des 1. Bezirks in Kowno in einem von dem ehemaligen Pfarrer Dr. Gaigalat-Memel angestrengten Strafprozeß zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen verurteilt worden; er wurde der Beleidigung für schuldig befunden. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden. Der litauische Pfarrer Gaigalat fühlte sich durch einen im „Memeler Dampfboot" vom 23. Oktober 1932 veröffentlichten Artikel „Großlitauische Politik und Evangelische Kirche" beleidigt, und zwar durch die Behauptung, es verstehe sich ganz von selbst, daß er, Gaigalat, „nach wie vor gegen die Evangelische Kirche des Memelgebiets und gegen die Evangelischen des übrigen Litauens, die ihm nicht folgen, kämpft".

Die polnischen Flieger freigelassen.

Die vom Landrat des Kreises Militsch geführte Untersuchung über die kürzlich dort erfolgte Landung eines polnischen Flugzeuges hat ergeben, daß der Verdacht der Spionage nicht begründet war. Infolgedessen wurden die polnischen Flieger nur wegen Paßvergehens mit zwei Tagen Haft bestraft, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten. Die Flieger wurden aus der Haft entlassen und ihre Flugzeuge freigegeben.

Polenfreundliche Zeitung in Kowno.

Dem „Kurjer Poznanski" zufolge ist in Kowno eine neue litauische Zeitung „A. B. C." gegründet worden, die für eine polnisch-litauische Versöhnung eintritt, die, wie das neue Blatt erklärt, „von der Mehrzahl der Bevölkerung Litauens gewünscht" werde. Die Wilnafrage könne später gelöst werden. Das „A. B. C." weise auch auf die beiden Ländern drohende „deutsche Gefahr" hin. Besonders eingehend setzt das neue Blatt, wie der „Kurj. Pozn." weiter meldet, die wirtschaftlichen Gründe für eine Versöhnung zwischen Litauen und Polen auseinander; es sagt u. a., das Wilnagebiet, dessen strategische Bedeutung für Polen groß sei, besitze nur geringen wirtschaftlichen Wert für Polen, da es ein armes Land sei. Das Wilnagebiet werde einen zweiten Hafen, Memel, erhalten, während es jetzt nur Königsberg habe. Polen werde durch die Holzflößerei auf der Memel gewinnen, und werde seine Industrieerzeugnisse nach Litauen ausführen können.

Französischer Besuch in Riga.

Die lettländische Telegraphenagentur berichtet über einen Besuch des französischen Publizisten und Politikers Henri de Chambon, der französischen Regierungskreisen nahestehen soll, in Riga. Aus Riga begibt sich Chambon nach Reval. Die Reise Chambons wird mit dem kürzlich stattgehabten Besuch Herriots in Verbindung gebracht, der einer Einladung der lettländischen Regierung und des Auswärtigen Ausschusses der lettländischen Kammer nach Riga gefolgt war. Chambon bekundete vor Vertretern der lettischen Presse, daß Frankreich das Zustandekommen eines Baltischen Bundes zwischen Lettland, Estland und Litauen lebhaft begrüßen würde. Die seitens Litauens bisher gegen einen solchen Bund erhobenen Widersprüche würden durch die zu erwartende Besserung der polnisch-litauischen Beziehungen gegenstandslos werden. Frankreich werde ein solches Bündnis durch Abschluß eines Freundschafts- und Handelsvertrages unterstützen. Der ehemalige lettische Staatspräsident Semgals erklärte in einer Unterredung, die er der Rigaschen Presse gewährte, Lettland müsse sich nunmehr Frankreich und Sowjetrußland nähern und eine aktivere Außenpolitik treiben als bisher. Hierzu erklärt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des lettländischen Landtages, Zelmin, amtlich, daß Lettland an seiner bisherigen Politik festhalten würde.

Parade der polnischen Armee.

Am 6. Oktober findet in Krakau eine riesige Militärparade polnischer Truppenteile statt, wie sie in diesem Ausmaß bisher in Polen noch nicht stattgefunden hat. Die Parade wird auf Wunsch von Marschall Pilsudski abgehalten, sie ist als Demonstration für das Ausland gedacht. An der Parade nehmen der polnische Staatspräsident, die Regierung, das Diplomatische Korps und die gesamte Generalität teil. Die polnische Presse meldet in großer Aufmachung, daß an der Parade auch eine sowjetrussische Abordnung unter dem Reitergeneral Budjenny, sowie eine Abordnung der türkischen Kavallerie teilnehmen werden. Budjenny hat bekanntlich im Jahre 1920 die gesamte polnische Front bei Kiew aufgerollt und war das Schreckgespenst der polnischen Truppen. Seine Teilnahme an der Parade wäre in der Tat eine Sensation.

Sieben brandenburgische Kreise arbeitslosenfrei.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in der Mark Brandenburg hat weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Am 24. September waren bereits sieben Kreise frei von Arbeitslosen, und zwar: Landsberg (Warthe), Arnswalde, Weststernberg, Oststernberg, Züllichau-Schwiebus, Kottbus-Land und Prenzlau.

Oberschlesien: 3826 Arbeitsuchende weniger.

In der ersten Septemberhälfte ist in der Provinz Oberschlesien die Zahl der Arbeitsuchenden wiederum um 3826 zurückgegangen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres bereits wieder ein Zugang um 1225 Personen zu verzeichnen war. Gegenüber der winterlichen Höchstbelastung hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 51 000 oder 37 Prozent verringert.

Die Wenden — ein Teil des deutschen Volkes.

Am 20. September fand im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Bautzen, der die Bearbeitung der Wenden-Angelegenheiten im Gebiet der früheren Kreishauptmannschaft Bautzen übertragen ist, aus Anlaß verschiedener Vorkommnisse der letzten Zeit zwischen der Amtshauptmannschaft und einer Reihe von maßgebenden Vertretern der Wenden eine Aussprache über die Stellung der Regierung zu den Wenden statt, in deren Verlauf Amtshauptmann Dr. Siewert-Bautzen im Namen der sächsischen Regierung eine Erklärung abgab, in der er u. a. ausführte:

„Von alters her haben die Wenden Freud und Leid mit ihrem deutschen Vaterlande geteilt. In guten wie in schlechten Zeiten haben sie ihre staatsbürgerlichen Pflichten treu erfüllt und dafür auch die gleichen Rechte erhalten wie jeder andere Deutsche. Nie gab es in Deutschland eine wendische Frage bis zu jenen tief bedauerlichen Ereignissen unmittelbar nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges, als einzelne Wenden, die sich als Führer der wendischen Bevölkerung aufspielen zu können glaubten, die damalige innen- und außenpolitische Ohnmacht Deutschlands mißbrauchten und mit ausländischer Hilfe die Losreißung der Lausitz von Deutschland betrieben. Gerechte Strafe hat seinerzeit den Haupträdelsführer getroffen nicht nur vor Gericht, sondern auch von seinen eigenen Stammesbrüdern, die — von wenigen Ausnahmen abgesehen — seine landesverräterischen Bestrebungen aufs schärfste verurteilten und sich schließlich völlig von ihm lossagten. Daß gegen diese Bestrebungen, die nur auf dem Nährboden eines kranken und ohnmächtigen Deutschlands der Nachkriegszeit Wurzel fassen konnte, im nationalsozialistischen Deutschland mit der gleichen Schärfe wie gegen alle andern landesverräterischen Bestrebungen vorgegangen wird, ist selbstverständlich. Das möge sich der kleine Kreis von Personen, die es angeht und die der Regierung wohlbekannt sind, gesagt sein lassen. Ungerecht aber wäre es, das wendische Volk in seiner Gesamtheit unter dem unverantwortlichen Verhalten einzelner leiden zu lassen und die ungezählten Beweise seiner Treue und Anhänglichkeit zum deutschen Vaterlande zu vergessen. Darum sei hier klar und deutlich ausgesprochen, daß — entgegen den zahlreichen Behauptungen der ausländischen Presse — das im Laufe der letzten Monate nötig gewesene Vorgehen gegen diese einzelnen nichts mit der Einstellung der Regierung zur wendischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit zu tun hat oder haben wird, daß vielmehr genau so wie bisher auch in Zukunft jeder Wende auf allen Gebieten des politischen und kulturellen Lebens die gleichen Rechte wie jeder andere deutsche Staatsbürger genießen soll. Insbesondere soll auch künftighin den Wenden die Erhaltung und die Pflege ihrer volkstümlichen Eigenarten, Sitten, Trachten und Gebräuche unbenommen bleiben. In der Beschulung der Wendenkinder soll keine Änderung eintreten. Niemand wird die Wenden in der Pflege und am Gebrauch der wendischen Sprache im täglichen Leben und bei kulturellen Veranstaltungen hindern, noch in der Pflege der wendischen Literatur und der Herausgabe von wendischen Zeitungen und wendischen Büchern, soweit die allgemein geltenden Vorschriften beachtet werden.

Hierauf erklärte Justizrat Dr. Herrmann (Bautzen) im Namen der anwesenden Vertreter der Wenden und des wendisch-stämmigen Teiles der Bevölkerung der Lausitz folgendes:

„Im Namen der wendischen Bevölkerung, die hier durch uns vertreten ist, geben wir die Zusicherung ab, daß, ebenso wie unser wendisches Volkstum stets nur ein Teil des großen deutschen Staates gewesen ist, wir auch in Zukunft über der Pflege unseres Volkstums nie vergessen werden, daß wir mit dem deutschen Volk für alle Zeiten zu einer unlösbaren Einheit verbunden sind. Wir lehnen daher aufs schärfste die landesverräterischen Bestrebungen einzelner ab, mit denen die wendische Bevölkerung als solche nie etwas zu tun gehabt hat, und verwahren uns ebenso energisch gegen das Verhalten einzelner ausländischer Organisationen, die sich zwar unsere Freunde nennen, in Wirklichkeit aber durch ihre deutschfeindlichen Proklamationen und Sympathiekundgebungen für die wendische Lausitz nichts wie Mißtrauen zwischen uns und unsern deutschen Brüdern säen und uns hierdurch unendlich schaden. Wir wollen mit diesen Bestrebungen dieser angeblichen Freunde nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich nichts zu tun haben."

*

Nach der „Kurjer Warszawski" hat der Akademische Verein der Freunde der Lausitz in Warschau am 20. September an den Völkerbund eine Denkschrift gerichtet, die die Lage der Wenden unter der Hitlerregierung beleuchtet. Die Denkschrift fordert die Anerkennung der Wenden als nationale Minderheit. Ferner werden Schulen mit wendischer Unterrichtssprache (die von den Wenden selbst ja entschieden abgelehnt werden!) gefordert. Die deutsche Regierung müsse den Wenden freie Kulturentwicklung ermöglichen. (Niemals und nirgends hat man den Wenden deutscherseits in ihrer kulturellen Betätigung Schwierigkeiten gemacht.) Der Denkschrift ist eine der deutschen Regierung 1931 eingereichte Denkschrift des wendischen Nationalrats in Bautzen über „die schwere Lage der Wenden" beigefügt, außerdem noch andere Dokumente „über die letzten Ereignisse in Deutschland".

*

(Über die große Kundgebung des Bundes Deutscher Osten in Kottbus am 23. und 24. September, auf der unsere wendischen Volksgenossen ein neues Bekenntnis zum Deutschtum ablegten, werden wir in der nächsten Nummer des „Ostland" eingehend berichten.)

Antisemitismus in Polen.

Mit besonderem Nachdruck wird von den polnischen Nationaldemokraten, seitdem sie geistige Rückendeckung an Deutschland gefunden haben, der Kampf gegen die Juden geführt. Mit voller Offenheit wird die zunehmende Verjudung des polnischen Wirtschafts- und Geisteslebens, insbesondere die rasch fortschreitende Überfremdung der freien Berufe durch die Juden gegeißelt. (In Warschau z. B. gibt es etwa 600 jüdische Ärzte!) In einer Polemik mit dem jüdischen „Nasz Przeglond" schrieb die „Gazeta Warszawska" kürzlich u. a.: „Die jüdische Frage ist für uns keine Nebensache, sondern eines der politischen Grundprobleme des polnischen nationalen Programms. Irgendwelche Unklarheiten in dieser Frage sind bei uns nicht möglich. Wer nicht das nationaldemokratische Programm gegenüber den Juden in seiner ganzen Tragweite annimmt, wer daraus nicht die notwendigen Folgerungen zieht, der kann sich nur außerhalb des nationalen Lagers befinden. Wir weisen auf den von Jahr zu Jahr zunehmenden Andrang der polnischen Jugend zum nationalen Lager hin, die entschlossen ist, dazu beizutragen, daß dieses Programm hinsichtlich der Judenfrage folgerichtig und ohne Schwanken durchgeführt wird." In dem gleichen Blatt führt der nationaldemokratische Sejmabgeordnete Prof. Rybarski aus, daß die Stellung seiner Partei zum Judentum nicht durch irgendwelche Strömungen im Auslande bestimmt werde, die judenfeindliche Haltung der Partei ergebe sich aus den Tatsachen selbst: Die polnischen Städte seien zum großen Teil zu jüdischen Städten geworden; das Anwachsen des Judentums in Polen sei mit dem wirtschaftlichen Verfall des Landes Hand in Hand gegangen; das Vordringen des Judentums im Handel bedeutete die Abtrennung Polens vom Meer. (?)

*

Sehr erbost war der „Kurjer Poznanski" über 300 Juden aus Berlin, die am 10. September in Posen eintrafen. Es handelte sich um eine vom sog. „Verband der Posener Heimatvereine" in Berlin veranstaltete Gesellschaftsreise. Der Verband ist eine Organisation der nach dem Umsturz aus dem Posenschen von den ebenso deutschwie judenfeindlichen Polen vertriebenen Juden. Der „Kurjer" fürchtete das Schlimmste. Es bleibe, so klagte er, jetzt schon nicht mehr bei der Einzeleinwanderung von Juden aus Deutschland. Jetzt kämen sie gleich in hellen Haufen über die Grenze. Bei diesen Dreihundert sei es noch ungewiß, ob sie nur für vorübergehend oder für ständig nach Posen gekommen seien. Nach der Menge des Gepäcks zu urteilen, sei zu befürchten, daß es sich um einen ständigen Aufenthalt handele. „Es war", so spottete dann das nationaldemokratische Blatt, „ein ungewöhnlicher Anblick, als auf dem Posener Bahnhof eine Schar „heimattreuer Posener" eintraf, die sich zärtlich, und zwar in deutscher Sprache, mit der ihre Ankunft erwartenden Schar Posener Juden begrüßte, die die zärtlichen Umarmungen und Begrüßungen mit nicht weniger zärtlichen Umarmungen erwiderte."

*

Vor einem halben Jahr begann der jüdische Boykott deutscher Waren. Starken Anteil nahmen an der Propagierung des Boykotts die polnischen Juden, das zentrale Kräftereservoir des Weltjudentums. Die jüdische Propaganda kam den Wünschen chauvinistischer polnischer Kreise entgegen, die hier eine neue Gelegenheit sahen, den deutschen Wirtschaftseinfluß in ihrem Lande zu schwächen. Die polnische Rechtspresse beschäftigt sich aus Anlaß des Halbjahres-Jubiläums des jüdischen Boykottfeldzuges eingehend mit dessen praktischen Folgen. Sie sieht sich — mit einem nassen und einem trockenen Auge — zu der Feststellung genötigt, daß die ganze Judenmache im wesentlichen ein Schlag ins Wasser gewesen ist, denn meist haben sich gerade die Leute, die am übelsten gegen das neue Deutschland hetzten und am mutigsten mit der Füllfeder gegen Hitler jonglierten, am wenigsten an ihre eigenen Parolen gehalten. Geschäft ist Geschäft! Das nationaldemokratische „ABC" schreibt zu dieser Angelegenheit u. a..

„In diesen Tagen ist genau ein halbes Jahr seit dem Ausbruch des jüdisch-deutschen Krieges verflossen. Im März dieses Jahres haben die Juden aller Länder beschlossen, den Boykott deutscher Waren zu proklamieren. Die ganze Welt wunderte sich über das leichtsinnige Risiko Hitlers. Wie? Der Chef eines der industriellsten Länder entschließt sich, den Fehdehandschuh denjenigen hinzuwerfen, welche die Hauptfäden des internationalen Handels in ihren Händen halten? Genügt es doch, daß die jüdischen Firmen der ganzen Welt die deutschen Waren boykottieren —, und der deutsche Export wird derart katastrophal zusammenschrumpfen, daß Hitler genötigt sein wird, nach ... Canossa zu gehen.

Und dennoch zeigte es sich, daß Hitler kein Waghals war. Heute, angesichts der halbjährigen Bilanz, kann man feststellen, daß es einen Boykott nicht gegeben hat und nicht gibt, daß der Boykott überhaupt nicht begonnen hat. Zu dieser Überzeugung gelangt kein anderer, als der führende Publizist der hitlerfeindlichen jüdischen Emigration, Leopold Schwarzschild. In der von ihm herausgegebenen Wochenschrift weist Schwarzschild auf Grund von Zahlen nach, daß der Boykott „keine Ergebnisse gebracht hat". Mehr noch! In zwei europäischen Ländern, welche an der Spitze der Abnehmerliste der deutschen Waren stehen und in welchen die jüdischen Einflüsse, sowie die Boykottagitation am stärksten waren, hat sich der Import deutscher Waren nach der Verkündung des Boykotts nicht nur nicht vermindert, sondern er ist sogar ziemlich beträchtlich gestiegen! Die Statistiken Hollands und Englands weisen nach, daß im zweiten Quartal dieses Jahres der Import deutscher Waren (welche großenteils von jüdischen Engrosgeschäften bezogen wurden) sowohl in den absoluten Zahlen als auch prozentual gestiegen ist.

Eine sehr ähnliche Erscheinung können wir in Polen beobachten. Der Export Polens nach Deutschland ist im zweiten Quartal d. J. im Vergleich zum ersten Quartal nahezu um drei Millionen Zloty gesunken, während der Import Deutschlands nach Polen nur um eine Million Zloty zurückgegangen ist. Nach der Verkündigung des Boykotts haben die jüdischen Engrosgeschäfte in Polen ihre Einkäufe in Deutschland nicht nur nicht vermindert, sondern in vielen Fällen sogar gesteigert... Der geräuschvoll angekündigte Boykott hat sich als leerer Schall erwiesen. Die Tatsachen haben noch einmal erwiesen, daß für die Mehrheit der Juden der kurze Weg, welcher vom schmerzerfüllten Herzen zu der mit Banknoten gefüllten Geldtasche führt, länger ist, als die schwierigsten Maratonläufe."

Von den Polen in Deutschland.

Verlorene Jugend.

Zu wehleidigen Klagen sieht sich die Polenbundpresse veranlaßt, wenn sie sich mit der „polnischen" Jugend in Deutschland befaßt. So findet sich in einigen Polenbundblättern vom 9. September eine „Warnung an die polnische Jugend vor dem Eintritt in deutsche Organisationen":

„Unsere Jugend, die polnischen Eltern, polnischen Dörfern und dem polnischen Volke entstammt, begreift noch nicht die Größe der Aufgaben, die hinsichtlich der nationalen Eigenart auf ihr lasten. Sie sieht nicht die verderblichen Einflüsse, durch die sie infolge des Zusammenschlusses mit den Deutschen, den Feinden unserer Gefühle und unserer Nationalität, vernichtet werden kann. Sohn, Tochter, du drängst dich in deutsche Organisationen hinein, du besuchst deutsche Versammlungen und pflegst Umgang mit der deutschen Jugend. Du willst die Sympathie derer gewinnen, die alle edlen polnischen Gefühle in dir vernichten und aus dir die schlimmste Art des Menschen auf Gottes Erdboden, einen Renegaten, machen.... Du läufst und jagst deutschen Vergnügen, „Sängerfesten" und „Tanzfesten" nach, und, was das Schlimmste ist, du nimmst auch an Versammlungen der deutschen Vereine teil. Dort verschwendest du dein schwer verdientes Geld und gibst bei einem deutschen Vergnügen an einem Abend deinen ganzen Wochenlohn aus. Oft erhältst du diesen Lohn von einem polnischen Landwirt für ehrliche Arbeit, und du Undankbarer wirfst ihn den Deutschen in die Hände.... Wem bist du ähnlich? — Du bist dem ... Judas ähnlich. Du lebst von den Früchten der heimischen Erde oder von der Güte deiner polnischen Eltern. Für ihre Güte verrätst du sie, denn du trägst deinen Verdienst zu denen hin, die in dem Sumpfe des Hasses gegen alles Polnische waten. Du verbindest dich mit denen, die, wo sie nur können, die Polen herabsetzen und ihnen die Mittel zum Leben entziehen.... Legt den Schleier der Falschheit von euren Augen ab. Betrübet nicht eure Eltern und werfet keine Schatten auf euer Volk. Es wird Zeit, daß ihr einem Herren würdig dienet. Ihr dürft im Namen des Glaubens und des Volkes nicht halbe Menschen sein, sonst geht ihr zugrunde. Hört auf, eure in der Tiefe des Herzens und der Seele verborgenen eigenen Gefühle zu belügen. Seid rechte Menschen, macht Schluß mit aller Lüge."... Viel Worte um eine selbstverständliche Sache: Die innere Kraft des Deutschtums siegt über die Hohlheit der Polenbund-Ideologen.

Polnische Provokateure in Groß-Dammer.

In dem Dorf Groß-Dammer, das bekanntlich von einer starken polnischen Minderheit bewohnt wird und in dessen Kirche man bisher kein deutsches Wort und keinen deutschen Choral hörte, ist kürzlich von der Prälatur Schneidemühl angeordnet worden, daß den dort wohnenden deutschen Katholiken ihre Rechte in seelsorgerischer Beziehung gewährleistet werden. Danach findet alle 14 Tage der Frühgottesdienst mit deutschem Gesang und anschließender deutscher Predigt statt. Außerdem wird im Hauptgottesdienst das Evangelium, das bisher nur polnisch gelesen wurde, anschließend ins Deutsche übersetzt. Diese Maßnahmen, durch die endlich auch den deutschen Katholiken eine seelsorgerische Betreuung zuteil werden soll, werden von der polnischen Minderheit als „Germanisierungsversuche der Kirche" ausgelegt und in einer Weise gestört, die mit Anstand und Sitte nichts mehr zu tun hat. Während des deutschen Frühgottesdienstes stellen die Polen vor der Kirche „Streikposten" auf, die alle Kirchenbesucher vom Gottesdienst fernzuhalten versuchen, und beim Hauptgottesdienst setzen sich die fanatischen Polen bei der Übersetzung des Evangeliums ins Deutsche ostentativ hin. Es handelt sich bei diesen Provokateuren in der Hauptsache um Polen, die in der Gemeindevertretung sitzen oder sonstige Ehrenämter innehaben, unter Führung des Lehrers der polnischen Minderheitsschule Maza, der polnischer Staatsangehöriger ist. Die Störungsversuche der Polen haben einen solchen Umfang angenommen, daß eine würdige Durchführung des Gottesdienstes nicht mehr gewährleistet ist.

Buchbesprechungen.

„Grenzland Sachsen“, von M. Durach. Mit einem Geleitwort des sächsischen Ministerpräsidenten Manfred von Killinger. Edwin Runge Verlag. 62 Seiten. 0,90 *M.* — Grenzland Sachsen — das ist den meisten Deutschen noch ein völlig ungeläufiger Begriff. Gerade deshalb ist diese Schrift besonders zu begrüßen. Sie charakterisiert die sächsisch-böhmische Grenze als zentralen, wichtigen Abschnitt der Ostgrenze Deutschlands, gegen den der planvolle und zähe Angriff des härtesten und disziplinierteſten Slawenvolkes, der Tschechen, vorstößt. Sie beschreibt die wirtschaftliche, geographische und volkliche Eigenart dieser verkehrsoffenen und verkehrsreichen Grenze. Auf beiden Seiten dasselbe obersächsisch-erzgebirglerische Volkstum, dieselbe industrielle Wirtschaftsstruktur und dieselbe volkreiche Besiedlung, die durch menschen- und gewerbereiche Bergstädte gekennzeichnet ist. In der Schrift werden weiter die zielbewußten Maßnahmen der Tschechen zur völkischen und wirtschaftlichen Zermürbung der deutschen Bevölkerung auf der böhmischen Grenzseite beschrieben: die Tschechisierungsschulen, die Touristenheime, die Wander- und Sportklubs, die Sokols und Skauts, der tschechische Volksverein in Nordböhmen und der tschechische Wirtschaftsvorstoß zur Grenze, dessen Erfolg sich in der ungeheuren Arbeitslosigkeit unter der sudetendeutschen Bevölkerung äußert, die, ohne Arbeit und Unterstützung — mitten im Herzen Europas! — durch Hunger körperlich und seelisch zermürbt wird. Noch ist der weitaus größte Teil der tschechoslowakischen Textil-, Glas- und Braunkohlenindustrie in deutschem Besitz; aber wie lange noch, da die Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten, dem Hauptsitz der Industrie des tschechischen Völkerstaates, vielerorts bis zu 50 v. H. der Bevölkerung steigt? Und diesseits der Grenze, auf der sächsischen Seite, wo gleichfalls auf karger Scholle eine dichtsiedelnde, von Industrie und Heimarbeit lebende, genügsame, heimatverwurzelte Bevölkerung sitzt, herrscht dieselbe bittere Not. Hier gilt es nicht nur, moralische Hilfe zu leisten. Hier muß auch, und vor allem, wirtschaftlich geholfen werden: das Land, reich an weltberühmten Bädern, an Kurorten und Sommerfrischen, ist von einzigartiger Schönheit; es bietet den Fremden, die durch ihren Besuch das Gastwirts- und Nahrungsmittelgewerbe unterstützen, Erholung und Freude. Vor allem aber braucht das Land diesseits und jenseits der Grenze Absatz für die Erzeugnisse seiner mannigfachen deutschen Industrien. Durch Besuch und Kauf den hungernden Volksgenossen zu helfen, ist dringendes nationales, grenzpolitisches Gebot. Darauf hingewiesen zu haben, ist das anerkennenswerte Verdienst der lesenswerten Schrift von Durach, die durch Beiträge von A. Graefe und E. Hoch über die sächsisch-böhmische Grenzlandschaft und deren Wirtschaftszweige sinnvoll ergänzt wird. Eine Industriekarte Sachsens, einige Kartenskizzen und zahlreiche Landschaftszeichnungen erhöhen die Eindringlichkeit der textlichen Darstellung. Dr. K.

Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen. Herausgegeben von Albert Brackmann. Mit 8 Karten und 17 Bildern. Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin 1933. 279 Seiten, Leinen 6 RM. Wenn heute immer wieder und mit Recht betont wird, daß wir uns mit der Geschichte der östlichen Völker, insbesondere mit der des benachbarten polnischen Volkes, stärker befassen müssen, so darf man dabei eins nicht vergessen: Es kommt für uns nicht nur darauf an, über Einzelheiten der Geschichte dieser Völker unterrichtet zu sein; es kommt vielmehr darauf an, daß wir erfahren, wie sich die Geschichte unseres Volkes mit der der anderen Völker berührt, wie dabei die Entwicklung unseres Volkes von außen her mitbestimmt worden ist und wie andererseits unser Volk den Werdegang anderer Völker mitgelenkt hat. Das erst macht unser Wissen lebendig und fruchtbar, daß wir im Werden der andern das Werden des eigenen Volkes begreifen. Es genügt nicht, die Geschichte fremder Völker zu kennen, wir müssen sie auch unter spezifisch deutschem Gesichtswinkel betrachten. Das gilt insbesondere auch für die Geschichte des polnischen Volkes, die im Grunde genommen je niemals etwas anderes war, als die Geschichte der Beziehungen des polnischen Volkes zu anderen Völkern und in erster Linie zum benachbarten Deutschtum. Dieser Forderung, die wir an die Geschichtswissenschaft stellen, wird das Buch „Deutschland und Polen“ gerecht. Es unterscheidet sich wohltuend von der polnischen und französischen Tendenzwissenschaft, insofern es Werturteile und Gehässigkeiten, wie sie dort gebräuchlich sind, vermeidet. Es bringt Beiträge von 19 deutschen Historikern: Unverzagt, Aubin und Brackmann schreiben über Vorgeschichte und Mittelalter, Hoetzsch, Ritter, Hartung, Oncken und Rothfels über die neue Zeit; Basmer, Nadler, Schmid, Brandi und Haase behandeln die geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen; Vogel, Hein, Recke, Holtzmann, Meyer und Uebersberger besprechen die Geschichte der Nachbarländer der deutschen Ostmark. Ausgezeichnet ist das, was Albert Brackmann über „die politische Entwicklung Osteuropos vom 10. bis 15. Jahrhundert“, Felix Schmid über „das deutsche Recht in Polen“ und Walter Vogel über „Polen als Seemacht und Seehandelsstaat“ sagen. Andererseits haben die Beziehungen der deutschen und der polnischen Literatur zueinander und das deutsch-polnische Verhältnis während des Weltkrieges keine besonders glückliche Darstellung gefunden. Die Wahl der Themen läßt insofern zu wünschen übrig, als z. B. das gewiß nicht unwichtige Posener Problem keine besondere Behandlung erfährt. Es geht nicht an, daß in einem Buch, das die geschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen behandelt, das die deutschen Ostgebiete von Ostpreußen bis Österreich berücksichtigt und das als sachlich-ruhige Antwort auf die polnische pseudowissenschaftliche Propagandaliteratur gedacht ist, die Geschichte der Posener Landschaft in dieser Weise vernachlässigt wird. Vermißt wird u. a. auch eine Darstellung der Beziehungen zwischen Polen und den baltischen Ländern von der Ordenszeit an bis zum Übergang dieser Gebiete an Rußland. Wünschenswert wäre auch, eine ausführlichere Behandlung des deutschen Einflusses auf Polen auf künstlerischem Gebiet gewesen; die guten Abbildungen deutscher Kunsterzeugnisse und Bauwerke in Polen, die im Anhang beigefügt sind, werden der Bedeutung dieses Themas nicht gerecht. Im ganzen genommen aber ist das Buch eine wertvolle und wissenschaftlich hochstehende Leistung, und man kann die Erregung, mit der das Buch in der polnischen Presse von polnischen Historikern, die sich offensichtlich getroffen fühlen, kritisiert und schlecht gemacht wird, vollauf verstehen. Dr. K.

Der europäische Osten. Dokumente zur Weltpolitik der Nachkriegszeit. Heft 6. Herausgegeben von Prof. Otto Hoetzsch und W. Bertram. Verlag und Druck von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1933. 135 Seiten. — In dem Buch sind die Texte der 29 wichtigsten Verträge, teils ganz, teils auszugsweise, enthalten, die die osteuropäischen Staaten seit 1919 untereinander oder mit anderen Mächten abgeschlossen haben. Für jeden, der sich mit ostpolitischen Fragen befaßt, ist diese Zusammenstellung schlechthin unentbehrlich. Eine im Anhang angefügte Übersicht über das politische Vertragssystem Osteuropas sowie eine sorgfältig zusammengestellte Literaturübersicht ergänzen den Textteil. Dr. K.

Die vor- und frühgeschichtliche Besiedlung des Kreises Fraustadt, von Franz Pfützenreiter. 2. Sonderheft der Grenzmärkischen Heimatblätter, Jahrg. 1933. 175 S. — Mit diesem Werk übergibt der Verfasser das Ergebnis zehnjähriger Sammeltätigkeit im Kreise Fraustadt der Öffentlichkeit. Das Buch ist keine Geschichte des Kreises in vor- und frühgeschichtlicher Zeit, sondern eine Sammlung von Quellen, die dem Forscher als Grundlage zu weiterer Arbeit dienen soll. Als solche bildet es einen wertvollen Beitrag zur Erforschung des Kulturgutes, das im Ostraum zutage tritt. Die Arbeit bringt im ersten Teil eine ausführliche Besprechung der Bodenfunde und der Fundstellen. Für den Laien ist der zweite und dritte Teil gedacht, dessen Thema „Landschaft und Siedler“ besonders aktuell ist. Dem Bedürfnis unserer Zeit wäre allerdings noch mehr entsprochen worden, wenn die Bedeutung der siedlungsgeschichtlichen Forschungsergebnisse für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit unserem Nachbarn Polen schärfer herausgestellt worden wäre. — 40 Abbildungen im Text und 27 Tafeln ergänzen in wertvollster Weise die Ausführungen des Verfassers. Dr. J.

Mitteilungen des BDO.

Der stellv. Bundesführer.

Der Führer der SA-Gruppe Ostmark, Pg. Siegfried Kasche, in Frankfurt a. d. O. hat die Schirmherrschaft über die Landesgruppe Ostmark des BDO übernommen. Dr. Thiele.

Der Landesführer Sachsen.

Zu meinem Stellvertreter habe ich Pg. Adam Leupold in Dresden berufen. Herbert Ender.

Haus „Kurmark“.

Liste 13.	Übertrag: 1693,20	RM.
Ortsgruppe Anklam	20,—	„
Landesverband Sachsen-Anhalt, Halle	20,—	„
Ortsgruppe Eilenburg	10,—	„
Ortsgruppe Köslin	10,—	„
Ortsgruppe Halle II	10,—	„
Ortsgruppe Ballenstedt	5,—	„

Stand vom 27. September 1933: 1768,20 RM.

ERSTE KLASSE
42. Preußisch-Süddeutsche (268. Preuß.) Klassenlotterie
Ein Achtellos 1/8 II Nr. 398092 f
jetzt nur noch 3 RM!
Ziehung 1. Klasse am 20. und 21. Oktober.
Versuchen Sie daher bitte jetzt Ihr Glück bei
Dr. Dütschke, Staatl. Lotterie-Einnehmer
Berlin W 30, Geisbergstr. 9, im Postamt.
Postscheckkonto: Berlin 352 22
Ungültig, wenn die Namensunterschrift des Einnehmers ganz oder teilweise fehlt

Versammlungen.

Ortsgruppe Berlin-Ost: Monatsversammlung am Freitag, 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Köpenicker Hof".

116. Stiftungsfest - Kommers des Bromberger Friedrich - Gymnasiums im Landwehr-Casino in Berlin W, am Zoo, am Sonnabend, dem 14. Oktober, abends 8 Uhr.
J. A.: Dr. W. Brunck, Charlottenburg, Savignyplatz 10.

Verein der Kameraden des ehem. 2. Pomm. Fußartl.-Rgts. Nr. 15 und Kriegsformationen, Berlin: Gründungsfeier des Regiments am Sonnabend, dem 7. Oktober, abends 8 Uhr, in den Räumen des Landwehrkasinos am Bahnhof Zoo (als Herrenabend). Pflichtbeitrag 1 RM. Alle einstigen Angehörigen dieser Truppenteile sind zur Teilnahme an dieser Veranstaltung verpflichtet, soweit sie in Berlin ansässig sind.

Persönliche Nachrichten.

Der Ratiborer Oberbürgermeister Kaschny hat dem Regierungspräsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht; er wird nach Ablauf seines Urlaubs nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Über seinen Nachfolger ist eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Durch Erlaß des preußischen Ministers des Innern ist mit der vertretungsweisen Verwaltung des Landratsamtes in Beuthen OS. Regierungsrat Deloch von der Regierung Köslin an Stelle des bisher damit betrauten Regierungsassessors Dr. Seeger beauftragt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung von Ratibor wählte einstimmig den Untergaufachberater für Beamtenfragen Oberpostsekretär Max Burdain-Oppeln zum Oberbürgermeister von Ratibor. Der neue Oberbürgermeister tritt sein Amt am 1. Oktober an.

Der frühere sozialdemokratische Oberbürgermeister Franz-Hindenburg OS. ist jetzt endgültig gemäß § 4 des Berufsbeamtengesetzes aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden.

Familiennachrichten.

50jähr. Dienstjubiläum: Oberstadtsekretär Otto Heyme in Halle a. d. S., westl. Ladenbergstr. 10, fr. Inspektor am Stadtkrankenhause zu Posen, am 1. 10., am gleichen Tage tritt H. in den Ruhestand.

Geschäftsjubiläum und Silberne Hochzeit: Friseur Karl Gehrtz, fr. Thorn, Heiligegeiststr. 12, jetzt Bln.-Charlottenburg, am 4. 10.

Geboren: Eine Tochter, Pfarrer Ernst Kienitz und Frau Ernestine, geb. v. Gierke, in Czempin.

Verlobt: Fräulein Frieda Schumann, Schwarz b. Calbe a. d. S., fr. in Seglein, Kr. Thorn, mit Tischlermeister Hermann Buchholz, Magdeburg-Südost.

Vermählt: Leo Moll, Dr.-Ing., mit Frl. Hedwig Dymarski, Tochter des Lehrers Joseph Dymarski, in Neumünster-Holstein, früher Ostrowo, Bez. Posen; Baumeister Arthur Brandenburg mit Frl. Charlotte Schulze in Posen.

Silberne Hochzeit: Bürstenfabrikant Hugo Klauke und Frau Martha geb. Pilz in Belgard a. d. Persante, fr. Obornik b. Posen, am 27. 9.

Bejahrte Ostmärker: Julius Fritz in Mrotschen-Bromberg am 26. 9. 83 J.; Kaufmann Otto Oehlke, fr. Zirke, Krs. Birnbaum (Posen), jetzt Forst (Lausitz), Lothringer Str. 17, am 2. 10. 76 J.

Gestorben: Besitzer Gustav Wojahn in Nowen, Vors. des Gemeindekirchenrats der ev. Gemeinde Wongrowitz, am 30. 8., 74 J.

Die Festschrift

die zur Feier des 25jährigen Bestehens der Christuskirche in St. Lazarus und der Matthäikirche in Wilda von den Pastoren D. Rohde und Brummak in Posen herausgegeben worden ist, und die in Nummer 19 (1932) (S. 224) von Pastor Gürtler empfohlen wird, ist von größtem Interesse für all. ehem. ev. Posener.

Bestellungen auf diese Festschrift können unter gleichzeitiger Einsendung des für unsere Leser ermäßigten Betrages von 80 Pf. und 20 Pf. für Postgebühr und Verpackung, zusammen also 1 RM., auf das Postscheckkonto Berlin 104726 an uns aufgegeben werden.

Bund Deutscher Osten
Berlin W 30, Motzstraße 22.

Möbeltransport
Fr. Wodtke

in Groß-Berlin und nach allen Orten günstige Rückladegelegenheit, Sped. u. Lagerg.

Berlin W 11, Dessauer Straße 23
Telephon: B 1, 1604/1605

Bitte wegen Geschäftsverlegung auf neue Adresse und Telephon zu achten.

Ostmärker!
Beachtet die Anzeigen im „Ostland"!

Wer kennt
die jetzige Anschrift folgender Personen?
Hedwig Bauer, früher in Graudenz,
Hermann Reimann,
Friedrich Wilk,
Max Wolff, früher in Brodnica. Es handelt sich um Emigrantensteuer. Gef. Ang. unter 3001 an d. Ostland erb.

Pr. Klass.-Lotterie
Lose 1. Kl.
Lüttich Staatl. Lotterie-Einnahme
Stettin, Augustastr. 8
(früher Hohensalza.)

Aufbaukredit
für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
Berlin W. 30, Motzstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)
Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Ostmärker! **Provisionsfrei!**
Glänzende Existenzen!
Anzahlung M.

Landhaus-Villa oberbayr. Stils (11 Räume) in bekannt. oberbayr. Sommerfrischenort (evtl. Tausch) . . . . . n. Vereinbg.
Landhaus-Villen, zwei b. Radeberg (Sa.) 18 000
Villengrdst. b. Bad Warmbrunn i. Riesengeb. 20 000
Geschäftsgrdst. m. Kohlen- u. Kartoffelhdlg. i. d. Grenzmark, Nähe Steinau (Oder) 25 000
Landhausgrundst. b. Potsdam (7 Zimmer) 10 000
Villengrundst. in Friedland (9 Räume), (Meckl.) 12 000
Villengrdst. als Töchter- od. Erholungsheim geeign. in Oybin (Laus. Gebirge) 20 000
Landhaus-Grdst. m. Nebengeb. Als Ganzes od. geteilt verkäufl. Evtl. Tausch! 11 000
Gasthofsgrdst. in bedeut. Industriestadt Thür. 50 000
Geschäftsgrdst. m. gutfund. Fleischerei in Bitterfeld 22 000
Kurhaus (mod. Baustil u. Einrichtg.) a. d. Peripherie von Dresden 30 000
Fabrikgrdst. m. Wohnhs.-Villa in Industrieort d. Erzgebirg. n. Vereinbg.
Fabrikgrdst. z. Einr. einer Reparatur-Werkst. m. Tankstelle geeign. in Oppeln 30 000
Wohnhaus m. Laden (Drogerie) Nähe Greifswald 10 000
Wohn- u. Geschäftsgrdst. i. d. Nähe v. Pirna a. d. Elbe (Sächs. Schweiz) 20 000
Fabrikgrdst. in Coswig, Bez. Dresden (bish. Apparate- u. Kesselbau) 10 000
Hotel- u. Restaurationsgrdst. m. Café Nähe Landsberg a. d. Warthe 18 000
Wohn- u. Geschäftshaus (Eckgrdst.) in Freiburg (Breisg.) 27 500
Villa (11 Räume u. reichl. Zubehör) im vornehmst. Teil Charlottenburgs . . . . n. Vereinbg.
Landhaus-Grdst. in ruhig. Seebad b. Greifswald 11 000
Evtl. Vermietung f. RM. 600 jährl.
Landhaus-Villa (7 Räume) m. Nebengebäuden i. d. Neumark n. Vereinbg.
Geschäftsgrdst. (Spielwaren- u. Kinderwagen-Hdlg.) in Großstadt d. Prov. Sachsen 25 000
Hotelgrdst. in Kreisstadt Pommerns (21 Fremdenzimmer) . . 30 000
Drahtzaun- u. Brunnenbaufabk. b. Berlin. Preis d. Geschäftes 10 000
Pensionsgrdst. (Erholungsheim, Vollkonzess.) i. d. Neumark 18 000
Pensionsvilla m. gewerbl. Nebenräumen f. Betriebe jed. Art a. Rügen . . . . . n. Vereinbg.
Fabrikgrdst. m. Wohnvilla in bedeut. Industrieort Thür. . . 70 000
Herrsch. Villa (8 Räume) m. Seitengeb. u. Garage in Reinickendorf 45 000
Villengrdst. m. prächt. Gemischtwald u. Wiesen, eigenem See in Oberbay. nahe Garmisch-Partenkirchen 100 000

Bild-Prokpekte kostenlos durch:
KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.